

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7305.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 13.

Sonnabend, den 26. März 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Ostern. — Pflastersteinzoll und widerstrebende Unternehmerinteressen. II. — Wirtschaftliche Rundschau. — Die Solnhofener Ausperrung vor Gericht. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Wahrheitsliebe der Christlichen. — Rundschau. — Duitting. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstelle. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Gedicht: An den Frühling! — Sonntag für den Bezirk Hannover. — Industrieverbände oder Branchenorganisation. — Das entlarvte Zentrum und die christlichen Arbeiter. — An die Verbandsmitglieder! — Literarisches. — Feuilleton: Aus der Geschichte der Sprengstofffabrikation.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Stiebig bei Bauhen: Pflastersteinwerk Zachmann. — Dresden: Granitwerk Keil & Co. — Wildemann: Betrieb Sieghelm. — Altstadt-Waldenburg: Grabsteingeschäft P. Eichler.

Reichenbach (Odenwald). Die Verhandlungen mit den Firmen Grieshammer und Gebr. Rindinger führten zu keinem Resultat. Es wurde deshalb die Kündigung eingereicht. In Frage kommen 32 Kollegen.

Butter und Langelsheim. Die Tarifverhandlungen sind bis jetzt resultatlos verlaufen. Die reisenden Kollegen wollen dieses beachten.

Treffurt im Eichsfeld ist zu meiden.

Bielefeld. Bei der Firma Georg Kronenberger sind Differenzen ausgebrochen.

Beucha. Die Pflastersteinarbeiter der Firma B. Preißer haben den Tarif gekündigt und eine neue Vorlage eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Wöbau. Die Granitfirma Kumpff will den Tarif nicht anerkennen. Die Kollegen haben ihre Kündigung eingereicht.

Kappelrodeck. Die Pflastersteinmacher der Firma Burger in Furschenbach reichten wegen schlechter Behandlung und sonstiger Differenzen am 10. März ihre Kündigung ein.

Dortmund. Die Westf. Marmor- und Granit-Werke versuchen fremde Kollegen in ihre Betriebe zu ziehen, um Mißliebige zu entfernen. Arbeitssuchende werden dringend ersucht, Dortmund bis auf weiteres zu meiden.

Verdingen. Die Firma Treutle hält den Tarif nicht ein. Die Firma ist gesperrt.

Baldunstein. Die Marmorarbeiter der Firma Krebs stehen im Streik.

Niederlehme bei Königswusterhausen. Im Kalksandsteinwerk Guthmann stehen 200 Kollegen im Streik. Die Streikenden sind im Fabrikarbeiterverband organisiert. Arbeitsangebote haben unsere Verbandsmitglieder strengstens abzuweisen.

Allagen (Westfalen). Die Firma Dassel nahm bedeutende Lohnreduktionen vor. Die ganze Kampfesweise richtet sich gegen die Mitglieder unseres Verbandes.

Regensburg. Bei der Firma Lohner sind Differenzen ausgebrochen. Die Granitarbeiter mögen Zugang fernhalten.

Berlin. Die Sandstein- und Marmorarbeiter stehen in Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

Mittweida. Die Pflastersteinarbeiter stehen in Lohnbewegung. Die Fa. Peterschütz nahm Maßregelungen vor.

Schlesischer Sandsteindistrikt. Der alte Tarif wurde verlängert.

Osterrösch. Zugang ist nach folgenden Orten fernzuhalten: Ossegg, Höhelsdorf, Thumeritz, Blöding, Bulgarn, Schwertberg, Klagenfurt, Budapest und Temesvár.

Ostern.

Ostern hieß die Frühlingsgöttin bei den heidnischen Älten. In ihr begrüßten sie nach dem langen, niederdrückenden Winterschlaf der Natur das wiedererwachende Leben, den Frühling, das Licht. Indem sie einer „Göttin“ huldigten, gaben sie ihrer lebhaften Freude über den einkehrenden Lenz und ihrer Hoffnung auf ein fruchtbares Jahr festlichen Ausdruck. Denn in Osterns Händen lag es auch, die Saat des Frühlings gedeihen oder verderben zu lassen.

Die christliche Kirche hat, wie in so vielen Fällen, auch hier eine alte Form benützt, um sie mit neuem Inhalt zu erfüllen. Die Frühlingsgöttin wurde von ihrem heidnischen, blumenumkränzten Thron verjagt, und das Kreuz ward aufgerichtet, an dem der nazarenische Märtyrer hing — rechts und links flankiert von schweren Verbrechern.

Man braucht nur das heidnische und das christliche Bild nebeneinander zu stellen, um den krassen Unterschied zu gewahren, der hier zwei Weltanschauungen mit scharfem Schnitt trennt — trotz des übernommenen Titels „Ostern“.

Lachende, sorglose Daseinsfreude, die ihre Wurzeln in dem natürlichen Geschehen hatte, auf der einen, — ein düsteres, drohendes Menetekel auf der anderen Seite.

Allerdings ist das Osterfest auch im christlichen Sinne ein **Freudenfest**, denn es feiert ja die Auferstehung des Gekreuzigten. In früheren Zeiten — so wird berichtet — fielen die Christen sich am Ostermorgen mit dem Ruf: „Christ ist erstanden!“ jubelnd in die Arme und küßten sich.

Aber diese und andere Freudenbezeugungen ändern nichts an dem düsteren Hintergrund, können es nicht vergessen machen, daß im Grunde die **Entsagung** gefeiert wird.

Die Entsagung und die **Sühne**. Das Christentum ist im gewissen Sinne die Verneinung des irdischen Lebens. Unser irdisches Dasein ist nach ihm nur eine Vorstufe für das himmlische. Denn die Menschheit ist hier der Sünden voll, — war sündig von allem Anfang an, seit die ersten Menschen vom Baume der Erkenntnis gegessen hatten. Christus hat sie durch seinen Kreuzestod entführt; er hat, nach kirchlicher Auffassung, dadurch die Möglichkeit geschaffen, daß der Sünder sich mit seinem Gott verfühne. Aber „sündig“ ist die Menschheit geblieben, das wird ihr in diesen Tagen von diversen Kanzeln herab aufs neue bescheinigt werden.

Die moderne Arbeiterschaft hat keinen Grund, dieser Auffassung zu widersprechen. Die Welt ist in der Tat so „sündig“ wie nur je, so barbarisch und ganz gewiß nicht weniger borniert als zu Jesus Zeiten; denn das selbstgefällige, gefällige Pharisäertum macht sich breit wie ehemals, und wo ein neuer Gedanke sieghaft auftaucht, die Leiden des Volkes zu lindern, da dürfen seine Vertreter mit absoluter Sicherheit auf Schmutzwürfe, Verhöhnung und feige Denunziationen rechnen. Die Gefinnungsverfolgung aber ist heute in ein besseres System gebracht als zu Pontius' und Pilatus' Zeiten, und wer Märtyrer sucht, kann sie zu Dutzenden finden. Wenn sich keine öffentlichen Galgen, Kreuze und Scheiterhaufen mehr erheben, so ist es gewiß nicht die Schuld der Herrschenden und „wirklich nicht das Verdienst derjenigen, die so gern mit ihrem Christentum prahlen, aber der aufstrebenden Arbeiterklasse die „staatszerhaltende“ Gesinnung am liebsten mit Maschinengewehren einimpfen möchten.

Darin begegnen sich die Reaktionen aller Schattierungen: daß dem Volk vor allem immer wieder seine „Sündigkeit“ zu Gemüte geführt werden müsse, und sie haben es ganz famos verstanden, aus der Auflehnung gegen empörende wirtschaftliche oder politische Zustände eine verdammenswerte Auflehnung gegen den Himmel zu machen! Zu dieser aber hat der „Sünder“ kein Recht.

Der Sünder — das heißt natürlich: wenn er zugleich Arbeiter ist oder doch den „niederen Volksschichten“ angehört — muß froh sein, leben und Buße tun zu dürfen. Er soll freudig hungern, soll bescheiden gegenüber den Vorgesetzten und „höheren Volksschichten“ sein und darf allenfalls Sonn- und Feiertags den Mund aufstun, um für das Wohl seiner Landesväter zu beten. Denn das Volk ist der Padesel, der Sklave, der Universal Sünder, der alle Lasten, alle Erniedrigungen, alle „Buße der Menschheit“ widerspruchslos auf sich zu nehmen hat.

Das vergangene Jahr besonders hat ihm diese Auffassung der Herrschenden und Bestehenden so oft und so deutlich eingebläut, daß es selbst einem Teile der christlich organisierten Arbeiter zu bunt geworden ist, und sie zu zweifeln beginnen, ob die volksverräterische Haltung ihrer Führer sich denn wirklich mit echt christlichen Grundsätzen deckt.

In Wahrheit ist doch die Fülle der volksfeindlichen Handlungen eine Vergewaltigung auch des Christentums; denn sie schlagen dem Prinzip der Nächstenliebe usw. brutal ins Gesicht.

Aber wo ist in diesem Hezenabbath von volksbedrückenden Maßregeln ein einziger aus den Kreisen der Herrschenden aufgestanden, der mit Donnerstimme die Rechte des Volks verkündigt hätte? Wo waren die barmherzigen Verherlicher des Gekreuzigten, die sich im brennenden Gefühl der Scham erhoben hätten, um der Welt wieder einmal wie zu Christus Zeiten in flammenden Worten das **Gewissen** zu schärfen?

Ja, wo waren sie?
Wir haben sie nicht gesehen und gehört.
Aber wir haben gesehen und gehört, wie alle diejenigen, die das Christentum in Erbpacht genommen zu haben glauben, sich in mehr oder minder gewundenen Haltung auf die Seite der Volksfeinde gestellt haben! —

Die frei organisierte Arbeiterklasse läßt in religiöser Hinsicht jeden nach seiner Fasson selig werden. Aber von den Führern wenigstens sagt man doch — es sei dahingestellt: ob mit Recht oder Unrecht —, daß sie „Heiden und Atheisten“ seien.

Akzeptieren wir einmal diese Benennung so allgemein, wie sie von den Gegnern ausgesprochen wird, so ist die

Latsche zu konstatieren, daß es wieder einmal diese „Atheisten und Heiden“ gewesen sind, die das Interesse der Armen und Geknechteten verteidigt haben gegen den Uebermut der Heuchler und Pharisäer!

Man vergegenwärtige sich nur einmal, wie die Besitzenden und Herrschenden mit dem Volk umspringen würden, wenn es keine „Heiden und Atheisten“, d. h. wenn es keine freien Gewerkschaften und keine Sozialdemokratie gäbe

Gewiß: uns leiten keine religiösen Motive. Was wir, was unsere Organisationen tun, geschieht aus dem Gefühl für soziale Gerechtigkeit heraus. Wir wollen die schmachvollen, aller Menschlichkeit Hohn sprechenden Zustände beseitigen, die heute schlimmer auf dem Volke lasten denn je.

Sie lasten auf der arbeitenden Klasse wie ein strenger, heißender Winter auf der Natur lastet. Beide lassen die werteschaffenden Kräfte nicht zum Ausbruch kommen, die sich vielgestaltig und fruchtverheißend dort unten regen.

Frühling und Sonne — die Entfesselung und die Erhaltung des Daseins — werden der Arbeiterklasse vorenthalten. Mit immer neuen Einfällen ist die Bürokratie am Werk, die Emporstrebende niederzudrücken. Man entrechtet das Volk politisch und schnürt es ökonomisch in spanische Stiefel. Man schafft ihm neue Möglichkeiten der Leiden und stiehlt ihm die Freude am Dasein.

Denn das Volk ist dazu da, um Buße tun. Nicht heute, nicht morgen nur, nicht an einem, nicht am Bußtage, sondern an **allen** Tagen.

Wir meinen, der Buße ist es genug.
Wir brauchen **Freude**, brauchen Luft am Leben! Brauchen den heiteren — unsertwegen: „heidnischen“ — Sinn der Älten, die ihrer Göttin Ostera entgegenjauchzten, weil sie Helligkeit, Blüten und Fröhlichkeit auf ihrem Sonnenwagen brachte.

Wir wollen aus der Bitterkeit, aus den winterlichen Fesseln heraus.

Wir wollen teilnehmen an den Genüssen des Daseins, an den Segnungen der Kultur.

Wird es uns gelingen? —

Die reaktionären Laten sind gewiß ein winterlicher Fluch im Leben der Völker, aber sie wirken doch auch wie ein Pflug auf dem Brachland der Volksgemeinschaft: sie wühlen die Hirne und Herzen derjenigen auf, die bisher im Winterschlaf gelegen haben; sie bereiten den Boden vor, auf dem unsere Saat, die Saat der Organisation und des Freiheitskampfes, emporkeimen wird.

Noch drückt uns der starre Winter einer verknöcherten Gesellschaftsordnung.

Aber Ostera, die Lichtbringerin geht durch die Lande, und langsam dehnt und reckt sich die Frühlingskraft in den Tiefen.

Eines Tages wird sie die Eisdecke sprengen. Dann wird unsere Ostern sein. Dann wird uns Licht und Freude werden.

Und die Fruchtbarkeit wird über die Lande kommen.

Pflastersteinzoll und widerstrebende Unternehmerinteressen.

II.

Die deutschen Steinbruchbesitzer bearbeiten natürlich die bürgerliche Presse intensiv, um für ihr Material mächtig Propaganda treiben zu können. Das nehmen wir den Unternehmern nicht übel, dies ist ihr gutes Recht. In der „Kölnischen Zeitung“ stand jüngst ein dementsprechender Artikel, welchen wir in extenso wiedergeben:

Die deutsche Pflastersteinindustrie befindet sich seit Jahren in einer wenig günstigen Lage; von sämtlichen deutschen Aktien-gesellschaften weisen diejenigen der Steingewinnung die schlechtesten Ergebnisse auf. Die Ursache für diese ungünstige Gestaltung liegt in erster Linie in dem äußerst heftigen Wettbewerb der schwedischen Granitsteinbrüche. Diese haben infolge ihrer vorteilhaften Lage unmittelbar am Meer, ihrer verhältnismäßig billigen (?) Arbeitslöhne und des niedrigen Bodenmerks geringere Gesteinskosten als die deutschen Brüche; sie kennen auch deren soziale Lasten nur in vergleichsweise geringerem Maße. Dann aber scheuen sie sich nicht, auch unter Selbstkosten zu liefern, wo es gilt, den Wettbewerb zu unterdrücken. Dabei ist wieder, wie schon seit mehreren Jahren, zu beobachten, daß sich diese Einfuhr immer mehr nach Westen schiebt. Seit der Eröffnung des Dortmund-Emskanals und infolge tariflicher Maßnahmen, die die ostdeutsche Steinindustrie vor der westdeutschen begünstigen, hat sich die Einfuhr nach Westdeutschland, insbesondere nach Rheinland und Westfalen, vervielfacht. So fällt auch die Einfuhrverminderung des Jahres 1908 fast ausschließlich auf die in den Bezirken der Oberpflasterregionen Altona, Stettin, Danzig und Königsberg gelegenen Einfuhrstellen. In diesen Bezirken verminderte sich die Einfuhr nämlich um 30 897 Tonnen (von 252 502 Tonnen auf 221 605 Tonnen), während sich die Gesamteinfuhr von 500 689 auf 465 705 Tonnen, mittlin um 34 984 Tonnen verringerte. Die deutsche Pflastersteinindustrie, deren Betriebe den schwedischen Brüchen in technischer Hinsicht bisher weit überlegen waren (?), und deren Material den Vergleich mit dem schwedischen Granit sehr wohl aushalten kann, glaubte erwarten zu dürfen, daß die deutschen Städte und Gemeinden, insbesondere hier im Westen, wo sie zu einem wesentlichen Teil der Eisenindustrie und dem Hüttenwesen, den diese genützt, ihre Blüte verdanken, schon mit

Nächst auf das Opfer, das die Steinindustrie beim Abschluß des deutsch-schwedischen Handelsvertrags bringen mußte, ihre Aufträge an Pflastersteine den einheimischen Brücken übertragen würden; sie hat aber erfahren müssen, daß sie sich in ihren Erwartungen ganz erheblich getäuscht hat. Freilich haben eine Anzahl größerer, insbesondere rheinischer Städte deutsches Material bezogen, viele Kommunalverwaltungen aber, namentlich auch im eigentlichen Industriegebiet, haben bis in die jüngste Zeit hinein große Mengen schwedischer Granitpflastersteine bezogen; sie haben die Kollage der heimischen Industrie unbeachtet gelassen und das deutsche Steinmaterial, obgleich es im Preise sogar Vorteile bietet, ohne Grund dem schwedischen gegenüber zurückgesetzt. Daß dies in einer Zeit schlechten Geschäftsganges und ungenügender Beschäftigung Unternehmer wie Arbeiter ernstlich bedrückt, ist klar und es ist in der Tat zu bedauern, daß viele Verwaltungen sich überhaupt nicht einmal der Mühe unterziehen, das deutsche Material auf seine Brauchbarkeit und Preiswürdigkeit hin zu prüfen. Es gibt in Rheinland und Westfalen eine große Anzahl Gemeindeverwaltungen, die die Grauwade im Bergische, die Basaltbrüche auf dem Westerwald kaum kennen, weil sie einmal auf Granit eingeschwenkt sind und andres Hartgesteinmaterial grundsätzlich ohne weiteres ablehnen. Neuerdings hört man vielfach, daß schwedische Bruchbesteller Einladungen ergehen lassen, ihre Brücke auf ihre Kosten zu besuchen. Wir nehmen zwar nicht an, daß unsere Stadtverwaltungen ihre Tiefbau-Ingenieure in die Lage bringen werden, tagelang Gäste ihrer Lieferanten zu sein, aber daß ein derartiges Angebot gemacht wird, ist bezeichnend genug für die Dringlichkeit des Wunsches nach Absatzvermehrung. Häufig genug sind Fälle zu verzeichnen, daß Lieferungsverträge mit schwedischen Brücken unter der Hand und auf Jahre im voraus abgeschlossen werden, daß die deutschen Brücke also nicht einmal zur Abgabe ihrer Angebote kommen. Dagegen müssen sich die deutschen Brücke im Verdingungsverfahren um jeden einzelnen Auftrag bewerben, die Lieferungen werden dann häufig so rasch verlangt, daß die Brücke kaum imstande sind, ihre Herstellung auf den dann plötzlich eingetretenen Bedarf einzurichten. Es ist deshalb wohl an der Zeit, unsere Behörden und insbesondere die deutschen Stadtverwaltungen auf die Verhältnisse, unter denen die heimische Steinindustrie zu leiden hat, aufmerksam zu machen. Eine weitere Zurückdrängung der deutschen Pflastersteine würde die Existenzmöglichkeit der heimischen Steinindustrie aufs schwerste gefährden und damit gleichzeitig Hunderttausende von Arbeitern in Gefahr bringen, ihre Arbeitsgelegenheit zu verlieren. Wäre es den Schweden erst gelungen, unsere Brücke aus der Lieferung von erforderlichen Pflastersteinen zu verdrängen, so würden sie nachher die Preise diktiert können. Die Steinindustrie ist unter diesen Umständen auf die Unterstützung der Kommunen angewiesen; aber es liegt ebenso sehr im Interesse der Verbraucher, die deutschen Brücke lebensfähig zu erhalten. Hoffentlich tragen diese Ausführungen dazu bei, daß die für die Vergabe von Pflastersteinlieferungen in Betracht kommenden Verwaltungen mehr als bisher Sorge tragen, den Interessen der heimischen Industrie entgegenzukommen und mehr als bisher Veranlassung nehmen, zu verhindern, daß deutsches Kapital ohne berechtigten Grund ins Ausland getragen wird.

Auf diese Ausführungen wurde von schwedenfreundlicher Seite eine Erwiderung gebracht; dieselbe wiederzugeben, haben wir keine Veranlassung. Die Redaktion des „Steinarbeiter“ ist sehr wohl der Meinung, daß die deutschen Unternehmer mehr für ihr Gestein Propaganda machen sollen.

Die Stadt Frankfurt a. M. ist bei der Pflastersteinvergebung am tolerantesten. Die Materialien werden aus 49 Brücken bezogen, hauptsächlich aus Hessen, Hessen-Nassau und Bayern. Als Auslandslieferant kommt der belgische Steinbruch Quenast noch in Frage. In Frankfurt kommen nachstehende Gesteinsarten in Betracht: Basalt, Basalt-Anamest, Basalt-Lava, Trachyt, Diorit, Porphyr, Spennit, Granit und Gneis. Die Musterkarte ist recht buntschedig. Es ist indes eine Frage, ob die Steinvergebung auch weiterhin in derselben Weise aufrechterhalten wird. Wir würden es nur dringend wünschen.

Die Städte Hannover, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Stuttgart und Zwickau verwenden ausschließlich deutsches Material. Damit ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß zur Probe auch in einigen Fällen ausländisches Gestein Verwendung gefunden hat. -- Die Küstenstädte Stettin und Danzig decken ihren Bedarf nur in Schweden; der Transport aus Mitteldeutschland nach diesen Orten würde die Preise wesentlich erhöhen.

Der baltische Granit kann über Frankfurt a. M. nicht vordringen. Nur nach Magdeburg scheint sich dann und wann ein kleiner Auftrag aus Bayern zu veritzen. Das bayrische Material kann nach Norddeutschland trotz seiner Güte keinen Absatz finden. Die Frachtsätze sind zu hoch. Und die Steinbruchbesitzer der Lausitz, des Harzes und des Striegauer Gebiets würden über eine solche Konkurrenz sehr wenig erbaut sein. Gewiß würden die mittel-deutschen Steinbruchunternehmer sagen, daß für dieses Gebiet bei Lieferungen nur sie in Frage kommen dürften.

Unter den Fachzeitschriften tut sich in der Zollfrage besonders „Der Steinbruch“ hervor. Im 4. Heft, Jahrgang 1909, lesen wir:

Bedauerlich ist dabei die hohe Einfuhr, wenn auch anerkannt werden muß, daß in Deutschland für manche Arbeit nicht der geeignete Stein zu finden ist und somit aus dem Ausland bezogen werden muß.

Daß zum Beispiel die deutschen Monumentalfabrikanten auf schwarzes und rotes schwedisches Gestein angewiesen sind, gab der Steinmeiester E. Hantsch-Sohlend auf dem Verbandstag der schlesischen Grabsteinmeiester Klipp und klar zu. Er meinte nach dem „Deutschen Steinskildhauer-Journal“ (Nr. 51, Jahrgang 1909):

Was nun das einheimische Material, welches den schwarz-schwedischen Granit ersetzen sollte, anbetrifft, so ist zu bemerken, daß wir ein Material, welches Ersatz biete und halbwegs der jetzt vorherrschenden Geschmacksrichtung entspreche, nicht mehr ausreichend besitzen. Hantusch nannte einige fast erschöpfte oder geringe Ausbeute liefernde Spennitbrüche in Sachsen usw. und sagte, außerdem nehme dieses Material keine gute (!) Politur an.

Der Steinmeiester Hantusch trifft mit seiner Darstellung, soweit die Denkmalbranche in Frage kommt, zweifellos das Richtige. Die Spennitbrüche, hauptsächlich die im Odenwald, sind mächtig erschöpft, und so sind wir, ob es uns angenehm ist oder nicht, auf die schwedischen Roststeine angewiesen. Wenn irgendein Geologe oder Steinbruchbesitzer in Deutschland einen Steinbruch eröffnen kann wo dasselbe Material wie in Schweden gewonnen wird, dann können wir ohne weiteres und zur Freude aller Steinarbeiter auf die fremde Einfuhr Verzicht leisten. -- In Schwarz ist schwedisches Material konkurrenzlos, in Rot kommen einige deutsche Brüche in Frage (Weiß). Aber

es fehlt die Massivität der Gesteinslagerung. Der rote Weiskner Stein vermag einigermaßen mit dem schwedischen zu konkurrieren, aber es kann der große Absatz nicht befriedigt werden. -- Hier möchten wir einen Vorschlag machen. Wie bekannt, ist das Weiskner Werk zum zweitenmal bankrott. Warum tun sich da die deutschen Denkmalindustriellen nicht zusammen, um den Steinbruch gemeinschaftlich zu erwerben, und dann die Ausbeute großzügig zu betreiben? Hier könnten sie eine „patriotische“ Tat zeigen, und weiter wäre der Anstoß gegeben, wenigstens auf einen Teil der ausländischen Einfuhr verzichteten zu können. Unser Vorschlag ist nicht ironisch gemeint, und die lumpigen paar Hunderttausend Mark, die zur Übernahme nötig wären, müßten im Nu aufzubringen sein. Und wenn sich die Denkmalindustriellen auf eine Quotifizierung nicht einlassen wollen, gut, dann ahme man das Gebaren des „Africa-Kolonial-Marmor-Syndikats“ nach, und im Handumdrehen ist die gewünschte Summe gezeichnet. Um die Kellametrommel gehörig rühren zu können, ist es nicht einmal notwendig, daß Parlamentarier an die Spitze des neuen Unternehmens gestellt werden müssen. (Schluß folgt.)

Wirtschaftliche Rundschau.

Baulonjunktur und Arbeitsmarkt. -- Die Hamburg-Amerika-Linie. -- Der Fleischkonsum im Jahre 1909.

In der Fachpresse des Baugewerbes werden gegenwärtig die Aussichten der Baulonjunktur im laufenden Jahre vielfach erörtert. Dabei stehen wir in einem Arbeitergeberorgan auf Ausführungen, die die gegenwärtige Lage entschieden zu optimistisch schildern. Gerade jetzt ist es aber im Interesse der Arbeiter besonders wichtig, sich über die tatsächliche Beschaffenheit der wirtschaftlichen Situation im Baugewerbe so genau wie möglich zu unterrichten und vor allem keinen unbegründeten Optimismus aufkommen zu lassen. Gerade aus diesem Grunde und weil die Ausführungen des Arbeitgeberorgans auch in der Arbeiterpresse wiedergegeben worden sind, möchten wir an dieser Stelle auf einen besonders irreführenden Passus hinweisen. Die „Baugewerks-Zeitung“ führt nämlich in einem Artikel „Zur Wirtschaftslage“ über den Stand des Arbeitsmarktes aus: „Bei nachlassendem Angebot hat die Zahl der offenen Stellen im ersten Monat dieses Jahres abermals merklich zugenommen, und zwar nicht nur im Vergleich mit dem nach der Zeit der völligen Depression zugehörigen Monat Januar dieses (2) Jahres, sondern auch gegenüber dem Vormonat Dezember 1909; die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften ist z. B. im Januar d. J. um nahezu 7300 oder mehr als 18 Prozent höher gewesen als im Januar v. J.“ Diese Zahlenangaben sollen auf den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise beruhen, in Wirklichkeit stehen sie aber mit diesen in starkem Gegensatz. Die offenen Stellen waren im Januar vielmehr merkwürdigerweise erheblich niedriger als im Vorjahre, während die Zahl der Arbeitsuchenden fast ebenso hoch war wie 1909. Daraus ergibt sich, daß die Lage des Arbeitsmarktes im Januar 1910 ungünstiger, und zwar wesentlich ungünstiger war als 1909. Während im Vorjahre auf 100 offene Stellen 44,4 Arbeitsuchende kamen, waren es im Januar dieses Jahres 49,5. Die Verschlimmerung ist um so auffällender, als bis zum Dezember der Arbeitsmarkt sich recht günstig entwickelt hatte. Im Dezember stellte sich der Andrang auf 27,8. Die Verschlechterung ist nicht überall eingetreten, aber doch überwiegend die Landesteile mit ungünstigen Noten. Woher diese ganz sonderbare Verschiebung gegenüber dem Monat Dezember rührt, das zu erörtern, würde hier zu weit führen und könnte auch nicht mit Bestimmtheit aufgeklärt werden. Jedenfalls aber muß der Behauptung widersprochen werden, daß im Januar dieses Jahres der Arbeitsmarkt sich verbessert hätte. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Interessant ist auch die Verschiebung für die einzelnen Berufe. Es betrug der Andrang im Januar:

	1909	1910
Maurer	322,40	477,20
Zimmerer	504,40	384,89
Maler	799,80	996,90
Glasler	474,10	295,02
Uebrige gelernte Bauarbeiter	359,80	341,96
Bauhilfsarbeiter	275,78	289,55

So hat sich also die Marktlage im Vergleich zum Vorjahre für die Maler und für die Maurer ganz betrüblich verschlechtert, während sich für die übrigen Berufe eine Besserung gegen Januar, aber keineswegs durchweg gegen Dezember 1909 ergibt. Im Februar dürfte allerdings das Bild sich schon wieder etwas zum Besseren gewendet haben, aber auch nicht in einem Grade, der die Reaktion im Januar ausgeglichen hätte.

Daß wir trotz solcher vereinzelter Schwankungen aber im allgemeinen doch im Zeichen des allmählichen wirtschaftlichen Aufstieges stehen, das beweisen uns auch die Betriebsergebnisse unserer großen Reedereien im letzten Jahre. Die Hamburg-Amerika-Linie berichtet über einen Betriebsergebnis von 33,04 Millionen Mark gegen nur 15,85 für das Jahr 1908. Während 1908 mußte eine große Anzahl von Schiffen stillliegen, im Laufe des Jahres 1909 konnten diese alle wieder in Dienst gestellt werden, so daß gegenwärtig kein Schiff der Hamburg-Amerika-Linie wegen Mangels an Beschäftigung auflegt. Die Gesellschaft verteilt eine Dividende von 6 Prozent und verwendet nicht weniger als 20,37 Millionen Mark zu Abschreibungen von Wert der Schiffe, zur Dotierung des Erneuerungsfonds sowie zur Schaffung eines bis jetzt noch nicht existierenden Konkurrenzpfandkontos, das zunächst mit 2 Millionen Mark dotiert wird. Dieses Konto soll zum Ausgleich der durch die unermesslichen Konkurrenzkämpfe entstehenden Verluste verwendet werden. Durch diese neue Reserve werde das jeweilige Jahresergebnis von dem Zufall eines Konkurrenzkampfes auf einer einzelnen Linie unabhängig gemacht und zugleich die Stellung der Gesellschaft den Gegnern gegenüber gestärkt. Der Bericht über die einzelnen Linien der Gesellschaft ergibt eine fast allgemeine Zunahme der Aufnahmefähigkeit der ausländischen Märkte und spiegelt so die Erholung am Weltmarkt deutlich wider. Die Gesellschaft, die beim Ausbruch der wirtschaftlichen Krise den Ausbau ihrer Flotte ganz eingestellt hatte, hat im Jahre 1909 wieder Schiffe in Auftrag gegeben, und zwar vier Frachtdampfer von je 12 000 Tons Tragfähigkeit und einen überaus großen Passagier- und Frachtdampfer, dessen Brutto-Raumgehalt auf circa 38 000 Tons geschätzt wird, außerdem einen Rhein-Seedampfer. Der große Dampfer wird das größte Schiff werden, das die Gesellschaft besitzt, denn das gegenwärtig größte, die Kaiserin Auguste Victoria, mißt nur 24 581 Brutto-Registertons.

Die Anzeichen, daß die Steigerung der Warenpreise im Jahre 1909 auf die Entwicklung des Konsums ziemlich ungünstig eingewirkt haben, mehrten sich, je mehr wir mit Hilfe der Statistik die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1909 zu verfolgen vermögen. So ergibt sich auf Grund der Statistik der Vieh- und Fleischbeschau eine deutliche Abnahme des Fleischkonsums im Jahre 1909. Zwar absolut hat die verbrauchte Menge noch zugenommen, und zwar von 2 538 619 Tonnen Fleisch im Jahre 1908 auf 2 561 783 im Jahre 1909. Berücksichtigt man aber den Bevölkerungszuwachs, so kam auf den Kopf nur ein durchschnittlicher Fleischverbrauch, soweit er sich aus den gewerblichen Schlachtungen berechnen läßt, von 40,20 Kilogramm im vorigen Jahre gegen 40,41 im Jahre 1908. Besonders stark hat der Verbrauch von Schweinefleisch, der namentlich für die minderbemittelte Bevölkerung ins Gewicht fällt, abgenommen, und zwar von 21,09 im Jahre 1908 auf 19,69 Kilogramm pro Kopf im Jahre 1909. Bemerkenswert ist auch, daß der Fleischkonsum im

ersten Halbjahre gegen 1908 noch stieg, und daß er erst im zweiten Halbjahre infolge der steigenden Preise um so kräftiger abnahm. Die Durchschnittsberechnungen lassen ja nicht erkennen, in welchem Grade speziell die Arbeiterbevölkerung an dem Konsumrückgang partizipiert. Aber man wird ohne jeden weiteren Nachweis annehmen dürfen, daß der Rückgang in der Hauptsache nur die minderbemittelte Bevölkerung getroffen hat. Hier ist ja der Fleischkonsum pro Kopf wesentlich geringer, als es dem Durchschnitt für die gesamte Bevölkerung entspricht. Auch die Abnahme ist deshalb für die Arbeiterbevölkerung um so empfindlicher.

Berlin, am 20. März 1910. Rich. Calwer.

Die Solnhofener Aussperrung vor Gericht.

Der Kampf, welcher im Vorjahre im Solnhofener Lithographiegebiet tobte, ist noch allen Lesern im frischen Gedächtnis. Von den Christlichen kamen 800 Mann in Betracht, von uns etwa 30. Wie unsere Leute belästigt wurden, ist zur Genüge bekannt. Die „Münchener Post“ veröffentlichte nun im August vorigen Jahres einen Bericht aus Solnhofen, in dem dargestellt wurde, daß die christlichen Leiter der Bewegung fühlten, sie seien der Sache, die sie übernommen hatten, in keiner Weise gewachsen, daß sie ein Fiasko voraussehen und nach einem Sündenbock suchten. Daher erhob man gegen die Freiorganisierten den Vorwurf des Streikbruchs und Landtagsabgeordneter Oswald habe in einer Versammlung am 27. Juli sogar das Märchen erzählt, zwei Führer der Freiorganisierten, darunter Böhm, hätten versucht, die Wiedereinstellung der Freiorganisierten bei den Unternehmern zu erreichen, obwohl die Aussperrung noch nicht aufgehoben war. Mit Rücksicht darauf und im Hinblick auf andre Vorfälle wurde in jenem Berichte von dem Landtagsabgeordneten Oswald gesagt, daß er geradezu systematisch verleumdete.

Das Vorgehen Oswalds haben wir in der Nr. 33 des „Steinarbeiters“ (Jahrgang 1909) ins richtige Licht gestellt. Oswald verklagte nun die „Münchener Post“, und der Redakteur Gruber wurde nun auch verurteilt. Die Verhandlung fand am 8. März in München vor dem Schöffengericht statt.

Gruber erklärte vor Gericht, daß die 30 Freiorganisierten Arbeiter bei der Bewegung in Solnhofen, wo 800 Arbeiter in Frage kamen, keinen Ausschlag geben konnten. Da sie sich an die 14tägige Kündigungsfrist gebunden hielten, glaubten sie nicht kontraktbrüchig werden zu dürfen. Als ihnen aber die Arbeitgeber einen neuen Tarif mit Verschlechterungen vorlegten, stellten sie die Arbeit ein. Ein Tarif mit den wenigen Freiorganisierten sei auch gar nicht abgeschlossen worden. Die Freiorganisierten waren daher der Ansicht, daß sie durch den Tarifstreit zunächst nicht berührt würden. Obwohl die Freiorganisierten aber schon mehrere Wochen lang die Arbeit niedergelegt hatten, sei in Versammlungen der Christlichen noch gegen sie der Vorwurf des Streikbruchs erhoben worden und Oswald habe sich am 27. Juli die Unwahrheit gegenüber dem freiorganisierten Böhm geleistet. Zum Beweise dafür, daß Oswald es mit der Wahrheit nicht genau nimmt, beantragte so dann Gruber die Ladung der Landtagsabgeordneten Auer, Hoffhauer und Klement und außerdem die Ladung Böhm's und des früheren christlichen Redakteurs Wolf zum Beweise der in dem inkriminierten Artikel behaupteten Tatsachen.

Oswald bemerkte, ihm sei in der Versammlung am 27. Juli mitgeteilt worden, daß Böhm und Genossen den Versuch machten, die Freiorganisierten wieder unterzubringen und er habe sich verpflichtet gefühlt, dies beim Generalappell bekannt zu geben, damit in die Reihen der Ausgesperrten keine Verwirrung gebracht werde. Er habe die Mitteilung auch dahin eingeschränkt, daß von der christlichen Zeitung aus die Richtigkeit dieser Behauptung noch nicht festgestellt sei, er glaube auch nicht daran. (!) Oswald gab zu, daß Böhm ihn aufgefordert habe, in der Gewerkschaftsstimme die Unrichtigkeit dieser Behauptung bekannt zu machen, er habe das aber nicht getan.

Der als Zeuge vernommene christliche Gewerkschaftssekretär Franz Joseph Bauer gab an, daß die Freiorganisierten meist in den kleineren Betrieben beschäftigt waren. Nach seiner Ansicht hat der Tarif auch für sie gegolten. Der christliche Verband sei finanziell wohl in der Lage gewesen, allen Anforderungen nachzukommen. Oswald sei nach seiner Anschauung verpflichtet gewesen, das Gericht über Böhm mitzuteilen, da damals schon 200 Ausgesperrte (christliche) abgesprungen waren. Der Zeuge mußte zugeben, daß unter den Freiorganisierten die Meinung verbreitet war, der Tarif gehe für sie nichts an, sie seien an den Arbeitsvertrag nach der Gewerbeordnung gebunden (14tägige Kündigungsfrist). Bemerkenswert ist, daß dieser Zeuge von den Freiorganisierten, obwohl sie die Arbeit niedergelegt hatten, als von „Gegnern“ sprach.

Gruber erinnerte den Zeugen daran, daß Wolf, der früher selbst im christlichen Verband eine Vertrauensstellung einnahm, die finanzielle Lage der Verbandskasse ganz anders geschildert habe, wie es jetzt der Zeuge tue.

Zeuge Bauer bleibt jedoch dabei, daß die finanzielle Lage gut war, Wolf, der Redakteur des christlichen Organs war, sei verknüpft gewesen, er habe selbst „etwas gründen“ wollen.

Gruber: Wenn die finanzielle Lage gut war, warum haben Sie dann den Kampf nicht mehr weiter geführt?

Zeuge: Die Konjunktur war schlechter geworden. Gruber: Um die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen zu beleuchten, stelle ich an ihn die Frage, ob er in Jugoslawien nicht einmal die frei von ihm erfundene Behauptung aufgestellt hat, die Freiorganisierten hätten an einem Gericht die Querschläger durchgeschritten, damit die Christlichen sich zu Tode fürgen.

Zeuge Bauer: Ich verweigere auf diese Frage die Antwort.

Gruber: Dann beantrage ich die Abhörung der Akten des Prozesses, der wegen dieser Behauptung gegen Bauer angestrengt wurde.

Der nächste Zeuge, der christlich organisierte Steinarbeiter Georg Bauer, kann sich an die Äußerung Oswalds über Böhm überhaupt nicht mehr erinnern.

Der dritte Zeuge, Steinarbeiter Katter, ist ebenfalls christlich organisiert und Vorsitzender der Verbandsabteilung. Er wurde am 16. Juni 1909 ausgesperrt und erst am 7. März 1910 wieder eingestellt. Seit 14 Tagen bezog er von dem christlichen Verband keine Unterstützung mehr. Oswald habe das Gericht über Böhm mitgeteilt und dazu bemerkt, von seiner Person aus sei die Richtigkeit dieser Behauptung noch nicht festgestellt.

Durch Gerichtsbeschluss wurden dann die Beweisansätze Grubers abgelehnt.

Gruber führte zu seiner Verteidigung aus, der Kampf in Solnhofen sei von den christlichen Führern nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen abgebrochen worden, die christlichen Führer waren sich vielmehr schon von Anfang an darüber klar, daß ihr Verband einem solchen Kampfe nicht gewachsen war. Dies beweist schon die Tatsache, daß man nicht erreichte, was man anstrebte und daß immer noch, wie der Zeuge Katter, Leute ausgesperrt sind. Um sich zu beden, wollte man nun den „Gegner“ zum Sündenbock machen. Daher wurde das Märchen aufgestellt, als suchten die Führer der Freiorganisierten ihre Leute wieder unterzubringen. Oswald behauptete, er habe das Gericht bekannt gegeben, um die Ausgesperrten zu ermuntern; das sei wenig glaubhaft, durch eine solche Mitteilung wäre ja eher das Gegenteil erreicht worden, zumal schon 200 Christliche ausgesperrt waren. Oswald habe also keinen Grund gehabt, dieses unwahre Gerücht mitzuteilen, wenn er nicht der freien Organisation eins anhängen wollte. Aus dem Flugblatt, das über den angeblichen Streikbruch der Freiorganisierten verbreitet wurde, geht die gleiche Absicht noch deutlicher hervor. Oswald hat das

Gericht weiter gegeben, ohne sich zu vergewissern, ob denn auch nur ein Tüpfelchen davon wahr sei, und damit man ihm nichts anhaben könne, erwähnte er der Taperkeit besseren Teil und verknäuelte die Unwahrheit durch eine einschränkende Bemerkung, wobei er wohl wußte, daß die Mitteilung auch so die gewünschte Wirkung haben werde. Wer so leichtfertig mit der Ehre anderer umgeht, kann sich nachträglich nicht damit zu rechtfertigen suchen, daß er sagt, er habe das Gerücht aus „tatsächlichen“ Gründen der Versammlung mitgeteilt. Böhm ersuchte auch Oswald höflich, die Unwahrheit dieses Gerüchts in der christlichen Gewerkschaftsstimme festzustellen. Oswald erwiderte darauf jedoch mit einem höhnischen Brief. Deffentlich zurückgenommen hat er nichts, er suchte sich in jenem Briefe lediglich mit der Bemerkung zu brüsten, er habe sich das Gerücht selbst nicht zu eigen gemacht. So handelt kein anständiger Mann, der sich bewußt ist, daß er einem andern unrecht getan hat. Genosse Gruber wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

- Als Kandidaten zum Verbandstag sind bisher aufgestellt worden:
1. Kreis: Hansche, Ohngemach, Baumgarten und Franke.
 2. Kreis: Alwin Lehmann-Kiel und Hermann Lau-Rostock.
 3. Kreis: Robert Rothe-Bunzlau.
 5. Kreis: Robert Keller-, Paul Kretschmar-, Julius Kunnelt-Ströbel.
 6. Kreis: Carl Schiller-, Hermann Scholz-, Carl Böhm-Häpfligt i. Schlef.
 7. Kreis: Joseph Frank-Wünschelburg.
 8. Kreis: Paul Jädel-Famowitz.
 9. Kreis: W. Koole-Löbau.
 10. Kreis: Paul Beyer-Schmölln, Carl Pusch-Demitz-Thumitz.
 11. Kreis: Wilh. Münch-Meißen I, Dorn-Kamenz, Kaver Fisch-Königsbrück.
 12. Kreis: Seidel, Lehner, Rehschu, Jädel und Adler.
 13. Kreis: Paul Fontana-Mittweida.
 14. Kreis: Barthel-Chemnitz.
 15. Kreis: Alb. Schlegel-Beucha und G. Herrmann-Leipzig.
 16. Kreis: Karl Pöschel-Naumburg und Ph. Pfeifer-Burgun.
 17. Kreis: J. Geiling-Langensalza, S. Bühler-Erfurt.
 18. Kreis: C. Maus-Bremen.
 20. Kreis: Karl Friede-Königsutter, Th. Hartnusch-Halberstadt und Otto Mörser-Kattenstedt-Blankenburg.
 21. Kreis: S. Albrecht-Kassel.
 23. Kreis: J. Böller-Münster und Pet. Spinnrath-Essen.
 24. Kreis: Franz Tennbusch-Düsseldorf und St. Leuz-Becke.
 25. Wahlkreis: Menges-Frankfurt a. M.
 27. Kreis: M. Arnold-Mannheim und Bergbauer-Hemsbach.
 28. Kreis: Peter Seibert-Reichenbach (Oberschlesien) und F. Moosmüller-Kirchhausen.
 29. Kreis: Joseph Droll-Mühlhausen und E. Waldhart-Strahburg.
 30. Kreis: Karl Sahn-Göppingen und J. Ellwanger-Stuttgart.
 31. Kreis: R. Brandt-Nürnberg.
 32. Kreis: Johann Wannenmacher-Freiburg i. Br und J. Weindl-Kappelrodt.
 33. Kreis: Nikolaus Weiland-Neiferselber, Ant. May-Kangsburg und S. N. München.
 34. Kreis: Mich. Leuzinger-Liechtenstein.
 35. Kreis: Baptist Schmach-Blauberg und W. Fröhler-Floß.
 36. Kreis: W. Gniechel-Niederlamitz.
 37. Kreis: Schmidt-Bayreuth u. S. Rießling-Weissenstadt.
 38. Kreis: Heinrich Hoffmann-Selb.
 39. Kreis: Fritz Nibel-Nürnberg.
 41. Kreis: Brüne-Zeil a. M.
 42. Kreis: Joseph Klingensbed-Fechenbach und Anton Pfister-Würzburg.

Ausgeschlossen auf Grund des Statuts § 3, Absatz 5 b wurden die Steinmeyer Leonhard Wigenbacher aus Sonderbach (Buch-Nr. 19 515) und Eugen Schäfer aus Wendelsheim (Buch-Nr. 17 824). Beide zurzeit in Karlsruhe.

Korrespondenzen.

Aue im Erzgebirge. Sonntag, den 13. März, fand eine Mitgliederversammlung statt. Leider ließ der Besuch viel zu wünschen übrig. Zum Punkt Tarifangelegenheit wurde beschlossen, den bisher nicht berücksichtigten Firmen in Aue und Umgebung ebenfalls Tarife zur Unterschrift vorzulegen. Voraussichtlich wird auch der Vertrag ohne große Mühe zustande kommen. In bezug auf die Lokalfrankenunterstützungsklasse wurde der Passus eingefügt, daß diejenigen Kollegen, welche sich in der Zahlstelle abmelden, ihrer Ansprüche auf genannten Unterstützungsbeitrag verlustig gehen. Mehrere abgereifte Kollegen fühlten sich berechtigt, in Krankheitsfällen Rechte in unserer Zahlstelle zu besitzen. Hinsichtlich der Einführung der Erwerbs- und Arbeitslosenunterstützung konnte aus der regen Debatte, welche sich darüber entspann, der Schluß gezogen werden, daß die Mehrzahl der Kollegen dem Projekt ablehnend gegenübersteht.

Augsburg. Am 9. März tagte eine außerordentliche Versammlung, in der die Lohnkommission über die Unterhandlungen mit den Meistern berichtete. In einer einstündigen Unterhandlung wurde erreicht: die Erhöhung des Minimallohns der Steinmeyer von 48 auf 52 Pfg., der Schleifer von 35 auf 42 Pfg. und der Hilfsarbeiter von 22 auf 38 Pfg. Außerdem eine 85stündige Arbeitswoche bei 60stündiger Bezahlung und die Feier resp. Arbeitsruhe am 1. Mai. Der Vertrag ist auf drei Jahre festgelegt und tritt am 19. März 1912 eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. ein. Die Kündigungsfrist wurde auf einen Monat gekürzt und in eine uns günstige Zeit verlegt. Leider war es der Lohnkommission nicht gelungen, den Akkord bei den Schleifern zu befestigen. Die Versammlung stimmte den Abmachungen der Lohnkommission zu. Es liegt nunmehr an den Kollegen selbst, an dem Erreichten festzuhalten und ihrerseits auch für die Einhaltung der Vertragsbestimmungen Sorge zu tragen.

Berlin. Am 17. März nahm die Kollegenschaft Stellung zum Verbandstage. Die Zentralvorstandsvorlage betr. Erwerbslosenunterstützung, wurde nach reger Debatte gegen wenige Stimmen — abgelehnt. Die Befürworter der Ablehnung versprachen sich von der örtlichen Regelung dieser Frage einen größeren Erfolg, trotzdem von anderer Seite darauf hingewiesen wurde, daß beispielsweise zur Unterstützung der vorjährigen Berliner Arbeitslosigkeit, unter Zugrundelegung der in der Zentralvorlage vorgesehenen Beiträge und Leistungen, schon im ersten Unterstützungsjahre (bis zu 6 Wochen) ein Zuschuß in der Höhe eines Drittels der Gesamtkosten aus zentralen Mitteln notwendig gewesen wäre. Andererseits war man der Meinung, daß die der Allgemeinheit aufzuerlegenden Opfer zu groß seien, zu denen die minimalen Unterstützungssätze in keinem Vergleich ständen. In der Hilfsarbeiterfrage herrschte volle Einmütigkeit, nur wurde befürchtet, daß wir in dieser Hinsicht zu

spät aufgefunden seien. Ferner wurden folgende Anträge zum Verbandstage gestellt: 1. Zurücksetzung der Mai-aussperrungskosten 1908 in Höhe der Zentralunterstützung laut Statut § 5, Abs. 2. — 2. Ausdehnung der Bezugsberechtigung der Maßregelungsunterstützung von 4 auf 8 Wochen. — 3. Die Erläuterung zum § 5, Abs. 2 soll folgende Fassung erhalten: Maßregelung liegt nur dann vor, wenn Kollegen wegen Eintretens für die Interessen der Arbeiterbewegung oder aus Folgen eines verloren gegangenen Streiks entlassen oder ausgesperrt werden. Dagegen können andre Gründe der Entlassung als Maßregelung nicht gelten. Die Entscheidung hierüber trifft der Verhandlungsleiter. — Als Kandidaten zum Verbandstage wurden vorgeschlagen: Hansche, Ohngemach, Baumgarten, Franke, Carl. — Alsdann wurde die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderungen bekannt gegeben. Eine auf diese bezügliche Resolution beauftragt den Gesellenausschuß und die Lohnkommission mit den Arbeitgebern behufs Abschusses eines neuen Tarifs in Verhandlungen zu treten. — Zum Schluß wurde gegen das in einigen Geschäften eingerissene Ueberstundenwesen Front gemacht.

Chemnitz. Nach längerer Pause, durch Arbeitslosigkeit hervorgerufen, fand am 3. März eine mäßig besuchte Versammlung statt. Der Kassierer gibt den Jahresbericht. Aus der Zentralkasse erhielten 54 Kollegen 1068 Mark als Krankenunterstützung. Aus der örtlichen Kasse wurde an drei Kollegen 147.90 Mark Krankenzuschuß gewährt. Im 2. Punkt sprach man über Einführung eines Krankenzuschusses am Orte. Die nächste Versammlung soll hierzu beschließen. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kollege Barthel einstimmig vorgeschlagen. Es wurde folgender Antrag gestellt: „Der Verbandstag möge die Krankenunterstützung erweitern und hierzu die Beiträge um 10 Pfg. erhöhen.“ Im weiteren wurden zwei kranken Kollegen je 30 Mark aus der örtlichen Kasse gewährt. Drei minderermwerbssfähige Kollegen sollen vom Beitrag nach dem Statut befreit werden. Unter Gewerkschaftlichem sprach man auch über den kommenden Sommer, der voraussichtlich wenig Arbeit bringen wird. Mögen die wenigen Steinhauer treu zusammenhalten.

Falkenhain. Am 13. März fand eine Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt berichtete der Delegierte über die Gaukonferenz. Der Bericht machte einen guten Eindruck auf die Mitglieder. Alle waren der Ansicht, daß bei Einführung niedrigerer Beitragsstaffeln eine wesentliche Mitgliederzunahme erfolgen kann. Wir wollen hoffen, daß der Verbandstag diese Einrichtung schafft, damit wir einmal in die Lage kommen, eine nennenswerte Mitgliederzahl zu verzeichnen.

Fronheim. Am 5. März fand hier eine Versammlung der Steinarbeiter statt. Was den Bemühungen der Gauleitung bisher nicht gelang, die hiesigen Kollegen zur Organisation zu bekehren, das bewirkten die Unternehmer mit ihren fortwährenden Lohnreduzierungen. Es bedurfte freilich eines reichlichen Maßes von angesamelter Empörung, um den Geduldsfaden der betroffenen Kollegen zum Reißen zu bringen. Einige Kollegen erklärten denn auch in der Versammlung, daß es in einer solchen Weise, wie es die Unternehmer trieben, nicht mehr länger fortgehen könne. Den Ausführungen des Gauleiters Sarfert wurde lebhafter Beifall zu teil. Eine Anzahl Kollegen ließen sich trotz der Drohung des Unternehmers — seinen Betrieb auf ein Jahr schließen zu wollen, wenn eine Organisation zustande käme, in den Verband aufnehmen. Es wurde deshalb eine Zahlstelle gegründet, für deren weitere Ausbreitung eine Anzahl Kollegen versprachen, ihr ganzes Können mit einzusetzen zu wollen. Hoffentlich haben nun die Kollegen so viel gelernt, daß nur dann dem Unternehmertum wirksam entgegengetreten werden kann, wenn sie alle organisiert sind.

Gomburg I. Unsere Monatsversammlung tagte am 9. März. Zum Verbandstag wurden mehrere Anträge gestellt. Ueber die fernere Gestaltung unseres Affordtarifs erstattete die Tarifkommission Bericht. Die Sitzung mit den Meistern, welche am 22. Februar stattfand, brachte für uns nur wenig Vorteile. Die alten Affordsätze blieben dieselben; die Zustände der Meister waren ganz minimaler Natur. Trotzdem glaubt die Tarifkommission im Interesse ihrer Mitglieder zu handeln, wenn sie den Tarif zur Annahme empfiehlt, da Besseres dieses Jahr ohne Kampf schwerlich durchzubringen ist. Die Versammlung ist mit dem Vorschlage einverstanden. Die Abstimmung per Stimmzettel ergab die Annahme des Affordtarifs. Ein in voriger Versammlung gestellter Antrag, einen Ertragsbeitrag von 50 Pfg. wöchentlich zu erheben, und zwar bis nach dem 1. April 1910, wurde mit kleiner Majorität abgelehnt. Beschlossen wurde ferner, daß bei Bewilligung von Unterstützungsgeldern eine Zwei-Drittel(?)-Majorität erforderlich ist.

Hemsbach. Am 13. März fand im Lokal zum Ritter unsere Monatsversammlung statt. Kollege Weidenhammer erstattete Bericht von der Bezirksvorstandssitzung in Kirchhausen, wo die Abrechnung über die Drucklegung unseres Tarifs vorgenommen wurde. Die Kosten für die Ausarbeitung und Drucklegung des Granittarifs betragen 552.20 Mark. Die Auslagen für den Eigenitarif bei Bruchner ergaben die Summe von 85.05 Mark. Es entsteht dadurch eine Gesamtansgabe von 637.25 Mark. Die Kosten wurden von den vier Zahlstellen prozentual getragen. Es entfiel auf Hemsbach die Summe von 152.49 Mark, auf Heppenheim 198.90 Mark, auf Kirchhausen 225.42 Mark und auf Rimbad 61.88 Mark. Im weiteren erstatteten die Kollegen Bergbauer in deutscher und Kollege Zoldan in italienischer Sprache einen sachlichen Bericht von der Gaukonferenz. Die Delegierten hatten auf der Konferenz bereits Rücksprache wegen Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstage genommen. Ferner wurde auf die Bedeutung des 1. Mai hingewiesen. Die Anwesenden erklärten sich mit den gemachten Ausführungen einverstanden, und so wurde beschlossen, die Feier mit dem Sozialdemokratischen Wahlverein und dem Arbeitergesangverein Konradia gemeinsam zu begehen. In Aussicht ist gestellt: Demonstrationszug durch die Ortstraßen, darauf Festrede mit Waldbest, abends 8 Uhr Festball. Es lagen weiter zwei Anträge vor: 1. Regelung der Lokalfrage; 2. Anschaffung eines Schrankes. Das Lokal befindet sich von jetzt ab im Gasthaus zum Ritter. Bei größeren Versammlungen kommt das Lokal Gasthaus zum Schützenhof in Betracht. Auch der zweite Antrag wurde angenommen. In bezug auf unsere diesjährige Maifeier möchten wir uns jetzt schon erlauben, die Berufs Kollegen des ganzen Bezirks freundlich einzuladen. Bei ungünstiger Witterung wird die Feier im geräumigen Saale des Gasthauses zum Schützenhof abgehalten.

Kappelrodt. Die Pflastersteinmacher der Firma Karl Burger reichten am 10. März ihre Kündigung ein. Es mangelt an Material: überdies ist die Behandlung, die man den Arbeitern zuteil werden läßt, eine recht traurige. — Das Rohmaterial wird den Vorküpern in schauerhaftem Zustande geliefert, aber desto besser sollen die Pflastersteine angefertigt werden. Die Steine werden mit großer Akkuratez verlangt. Die Löhne liegen bisher viel zu wünschen übrig. Die Firma jammert immer, sie hätte soundsoviel tausend Mark zugefetzt, die Arbeiter müßten doch froh sein, daß sie im Winter weiterarbeiten könnten. Dieses Lied singt natürlich jeder Unternehmer. Die Pflastersteinarbeiter werden alles daran setzen, daß Zugang fremder Arbeitskräfte vermieden wird.

Mittweida. Am 13. März tagte im Volkshaus unsere Monatsversammlung. Zum 1. Punkt gab der Vorsitzende Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit der Aktiengesellschaft. Hierauf sprach Kollege Paul Starke, welcher der letzten Verhandlung beigewohnt hatte. Er betonte, daß von einer Lohnforderung die Gesellschaft nichts wissen will. Ferner kam der Redner auf die Vorgänge bei der Firma Peterich in Reudersdorf zu sprechen. Er betonte hierbei, daß die Handlungsweise der betreffenden Firma nicht ganz korrekt zu nennen ist. Es handelt sich bei Peterich um 16 Mann, welche am 12. März ihre Ent-

lassung erhielten. Als Grund wurde Arbeitsmangel vorgeführt. In Wahrheit ist es aber eine Maßregelung, um schließlich die unliebsten Elemente fortzuschaffen. Die Entlassungen wurden sogar bei Kollegen vorgenommen, welche schon viele Jahre bei Herrn Peterich beschäftigt waren, dagegen wurden jüngere Kollegen, welche später in Arbeit traten, von der Entlassung verschont. Die übrigen Kollegen erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und verlangten ihre Karten, so daß also heute der Betrieb vollständig ruht, bis auf die zwei Bruchmeister. Einige Kollegen reisten sofort ab und mehrere erklärten sich bereit, Montag noch abzumarten. Zum 2. Punkt gingen folgende Anträge zum Verbandstag ein: 1. „Der Verbandstag möge beschließen, die Erwerbslosenunterstützung abzulehnen.“ Der 2. Antrag lautet: „Der Verbandstag möge beschließen, die Hilfsarbeiter dem Steinarbeiterverband einzureihen und eine niedrigere Beitragsklasse einzuführen.“ Antrag 3: „Der Verbandstag möge beschließen, die Krankenunterstützung vom vierten Tage an einzuführen.“ Sämtliche Anträge wurden einstimmig angenommen. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kollege Paul Fontana aufgestellt. Die Abhaltung des Sommerfestes wurde auf den 10. Juli festgesetzt. Durch Antrag aus der Versammlung wurde beschlossen, den abreisenden Kollegen 6 Mark zu bewilligen.

Mittelsteine. Eine Distriktsversammlung am 13. März beschäftigte sich mit der Antwort der Unternehmer auf unsere Tarifkündigung. Die Unternehmer wollen sich wegen schlechter Geschäftslage auf Verhandlungen nicht einlassen. Schon 1908 brachten die Herren aus denselben Gründen einen Verschleppungsantrag durch, so daß es den Anschein hat, als ob nur die Arbeiter die schlechte Konjunktur genießen sollen. Eine direkte Aufbesserung der Löhne war unterdessen nicht geplant. Die Tarifkommission hatte bei ihrer Vorlage Wert darauf gelegt, die dehnbaren Punkte deutlicher zu fassen. Deftler entstehen Streitigkeiten um solche Sachen, die früher anstandslos begahlt wurden. In der Krise nehmen sich die Herren solche Freiheiten heraus, und auch die vielgerühmte Schiedskommission konnte hier nicht Wandel schaffen. Besonders trifft dies auf die Härtezulage zu, und es wurde festgestellt, daß während der Tarifperiode willkürlich neue Proben zu den maßgebenden und anerkannten Proben gestellt worden sind. Einerseits wurde nun lebhaft dafür geredet, die Forderung aufrechtzuhalten, weil uns die Architektur ungenügend ist und wir einen Ausgleich zu schaffen haben für die Verteuerung vieler Bedarfsartikel. Es wurde aber beschlossen, die Vorlage zurückzuziehen unter der Bedingung, daß die Kommission vorstellig wird und über die strittigen Punkte nach Möglichkeit Klärung schafft. Ein Antrag betreffs Sperrung des Distrikts wird angenommen. Im Punkt: Delegiertenwahl zum Verbandstage ist die Meinung vorherrschend, daß unser Distrikt allen Grund habe, auf der Eisenacher Tagung vertreten zu sein und wurde als Kandidat Joseph Franz-Wünschelburg aufgestellt.

Mülheim. Die am 8. März tagende Steinarbeiterversammlung war von 40 Mann besucht. Kollege Bremer als Leiter der Versammlung brandmarkte mit scharfen Worten das Fernbleiben so vieler Kollegen von der Versammlung. Genosse Schulze-Klein hielt dann ein Referat für die italienischen Kollegen. Hieran anschließend führte er in kurzen, kernigen Worten auch den deutschen Kollegen die Notwendigkeit einer kräftigen, internationalen Organisation vor Augen. Zum Schluß forderte Kollege Bremer die Anwesenden auf, kräftig zu agitieren. Es sei besonders notwendig, öfter zusammenzukommen. Sein Vorschlag, jeden dritten Donnerstag im Monat eine Besprechung mit anschließender Vorlesung (die Bibliothek stellt Bremer zur Verfügung) abzuhalten, fand einstimmige Annahme. Mit einem Hoch auf die internationale Organisation schloß die Versammlung.

Nammelsbach. Am 6. März fand endlich nach einer ziemlich langen Pause wieder eine Versammlung der hiesigen Steinarbeiter statt. Es waren etwa 65 Kollegen anwesend. Den Ausführungen des Gauleiters Kollegen Sarfert wurde am Schluß lebhafter Beifall gesendet. Eine Anzahl Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. In dieser Versammlung wurde ein geradezu betäubendes Bild von den in den hiesigen Betrieben bestehenden Zuständen entrollt. Die Löhne, welche zur Auszahlung gelangten, sind äußerst niedrig. Mit 26, 28 und 30 Mark in 14 Tagen speist man die Kollegen ab. Die Behandlung in einigen Betrieben ist eine derartig inhumane, daß es wahrhaftig höchste Zeit ist, daß sich die hiesige Steinarbeiterschaft mehr als wie bisher ihrer Weisheitswürde bemußt wird. Wollte man alle Mißstände einer weiteren Kritik unterziehen, so würde der uns zur Verfügung stehende Raum nicht ausreichen. Kollegen! Mit dieser Versammlung dürften wir wieder den Grundstein zur Organisation für den Ort gelegt haben.

Nieders. Am 11. März hielt unsere Zahlstelle in Glänsendorf bei Nieders eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. An der Zahl der Anwesenden und der sachlichen Diskussion hat man es gemerkt, daß die Kollegen ein reges Interesse an unserer Lohnbewegung haben. Beim 1. Punkt wurde der Kollege Franz Küßnel an Stelle des abgereisten Kollegen Vogel einstimmig als Vorsitzender gewählt. Beim 2. Punkt entwickelte sich eine interessante Debatte, die mit dem Beschluß endete, den alten Tarif nicht zu verlängern. Die Begründung lautete: Die Unternehmer haben uns nun seit drei Jahren gefoppt, und immer wieder zogen wir den Kürzeren. Wir verlangen doch nichts Unmögliches, bloß den abgelassenen Bunzlauer Tarif, mit Abänderung von vier bis fünf Positionen. Unser Tarif enthält 34 Positionen weniger wie der Bunzlauer. Das weitere wird die Distriktsversammlung in Mittelsteine beschließen. Weiter wurde zum Verbandstag Stellung genommen. Wir stellen selbst einen Delegierten auf, der die Steinbruchverhältnisse besser wie ein großstädtischer Kollege kennt.

Waldburg i. E. Am 10. März fand hier im Parteilokal eine Besprechung der Kollegen statt. Im 1. Punkt erwähnte Kollege Döbar Wirth die Notwendigkeit eines Ortskassierers. Dem Antrag wurde stattgegeben und Kollege Kottmann als Kassierer und örtlicher Vertrauensmann gewählt. Im 2. Punkt befaßte man sich mit tariflichen Angelegenheiten. Gültigkeit hat der Zwickauer Tarif. Nun handelt es sich hier um zwei Grabsteingeschäfte, in denen fünf Kollegen arbeiten und selbstverständlich einer willkürlichen Bezahlung nicht huldigen. Es wurde beschlossen, von den Geschäftsinhabern tarifliche Zahlung zu fordern. Einer scharfen Kritik wurde das Verhalten der Grabsteingeschäftsinhaber den Steinmeyer gegenüber unterzogen. Es ist die Meinung vorhanden, man bekäme Steinmeyer genug, die froh wären, für 50 Pfg. Stundenlohn arbeiten zu können. Jedenfalls wird hier die Meinung ohne den Wirt gemacht. Des weiteren wurde eine Platzklasse gegründet, um den durchreisenden Kollegen eine Unterstützung von 50 Pfg. zu kommen zu lassen, welche am Schloßbau ausbezahlt werden. Scharf gerügt wurde das Verhalten einiger Kollegen, welche mehr Patriotismus an den Tag legen als den Forderungen des Verbandes gerecht zu werden. Die am Schloßbau beschäftigten Kollegen erhoben scharfen Protest gegen den Artikel in Nr. 7 des „Steinarbeiters“ über das zum Ausdruck gebrachte unsolidarische Verhalten der Waldburger Kollegen. Sämtliche anwesende Kollegen erkennen in diesem Falle keine Maßregelung an und fordern, durch eine Beschwerdekommision Licht in diese Sache zu bringen.

Zeil. Am 5. März fand hier eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Lohse sprach über die Klassenkämpfe der Gegenwart. Er legte klar, wie dieselben entstehen. Im 2. Punkt wurden die Lohnverhältnisse in Zeil und Ebelbach besprochen. In unserer Gegend herrschen gegenwärtig die größten Hungerlöhne, welche nur geändert werden können, wenn jeder Kollege unsern Verband beiträgt. Ueber die Firma Deutsche Steinwerke A.-G. wurde stark debattiert. In diesem Betriebe stehen uns noch viele Kollegen fern. Unter Berücksichtigung wurde über die Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstag beraten. Hoffentlich bessert sich auch hier die Konjunktur, damit eine Mitgliederzunahme eintritt.

Wahrheitsliebe der Christlichen.

Unter dem Titel: Zur Tarifbewegung im Magener Stein- gebiet schreibt die „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ vom 5. März 1910 eine Reihe Unwahrheiten und Angriffe auf den Deutschen Steinarbeiterverband. Wir möchten einige Nicht- stellungen machen. Es heißt zum Beispiel: „Bei den Tarif- verhandlungen in der bayrischen Granitindustrie, wo auch unser Verband (der Christliche) mit einer nicht zu unterschätzenden Minderheit in Betracht kommt, hat man die Verlängerung voll- zogen, ohne uns eine Mitteilung zu machen.“ Wie steht die Sache? In Langenaußheim kam der Zentralverband der Steinarbeiter mit einer nicht zu unterschätzenden Minderheit in Betracht. Ohne uns in Kenntnis zu setzen, wurden 1909 die dortigen Tarifverhandlungen geführt. Die „Christliche Gewerkschaftsstimme“ schrieb schon 1908 in Nr. 38 unter dem Titel Langenaußheim: „Wir haben jenen ausgetretenen Mitgliedern, die bei der letzten Lohnbewegung nur ein Ballast für uns waren, keine Träne nachgeweiht. Im nächsten Jahre haben wir unsere Tarife zu erneuern, da werden wir uns abfinden, ohne die „guten“ Ratsschlüsse des „Steinarbeiter“.“

Bei der Lohnbewegung in Solnhofen, bei der auch wir — mit einer nicht zu unterschätzenden Minderheit in Betracht kamen, haben uns die Herren weder gefragt, noch eingeladen. Ihre Mithilfe bei den Verhandlungen wurde von den schwarzen Führern zurückgewiesen. Aus den Reihen der christlichen Führer schrieb man im Neuen Münchner Tageblatt vom 17. Oktober 1907 unter dem Titel: Die christliche Organisation als Vor- rucht unter anderem: „Das in Langenaußheim (Solnhofener Ge- biet) gelegte Ei ist des Gegners nicht wert, es ist ein Wunde- gewesen. Die dort gewonnenen Mitglieder kann man dem Sozialismus gönnen, denn man braucht Stellen, an welchen jene Elemente abgelagert werden müssen, die in einer Organisation christlicher Männer nicht Raum haben.“

In Kiefersfelden, woselbst wir ebenfalls über einen nicht zu unterschätzenden Stamm von Mitgliedern verfügen, einigen sich 1908 beide Organisationen zum gemeinsamen Vor- gehen. In der Versammlung am 29. Dezember 1908 wurde eine von Herrn Brendl (christlicher Sekretär) eigenhändig ge- schriebene Resolution mit 100 gegen 1 Stimme angenommen. Demzufolge wurde beiderseits der Tarif gekündigt und ein neuer Tarifvertrag vorgelegt. Der Schlusssatz der Resolution lautete: „Zur endgültigen Entscheidung in dieser Frage soll vor dem 31. März nochmals eine gemeinsame Versammlung statt- finden.“

Obwohl dem Herrn Bezirksleiter Rehner die Telegramme des Gauleiters Mittener bekannt waren, daß er wegen Ver- nehmung bei der Eisenbahndirektion vor dem 30. März nach- mittags nicht erscheinen könne, schloß er am Vormittag desselben Tages mit der Direktion in Kiefersfelden einen Tarif ab. Der Tarif wurde aber nicht auf Grund unserer Vorlage abgeschlossen. In dieser Weise versuchte man den Steinarbeiterverband kalt zu stellen und zog gleich den Hyänen vom Kampfplatz. Damit nicht genug, suchte man dem Werk die Krone noch dadurch aufzusetzen, daß man in der christlichen „Keram- und Steinarbeiter- Zeitung“ durch Inserate Marmorsteinmetzen und Steinschleifer suchte, um, mit Herrn Rehner zu sprechen, die rote Gesellschaft überhaupt auszumergen. Schriftliche Beweise für die Schurkenstreiche liegen vor.

Trotz dieser Vorkommnisse, welche längst vor dem Jahre 1910 vor sich gingen, wundert sich Herr Brendl, daß unsere Zen- tralleitung mit den Christlichen nichts zu tun haben will. Herr Brendl geht noch so weit, uns an die demokratischen Pflichten zu erinnern, obwohl er und seine Organisation bewiesen haben, daß ihnen nicht nur die nötige Moral, sondern auch jedes christliche Gefühl fehlt.

Die Polemiken in der „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ lassen so recht erkennen, daß die Christlichen mit den Grund- sätzen der Wahrheit und Moral auf sehr gespanntem Fuße stehen. Herr Brendl möchte sehr gern den starken Mann in der Steinindustrie spielen, aber dazu langt seine Weisheit nicht aus und außerdem fehlen ihm die Massen. Mit etlichen Duzend Anhängern aus der Steinindustrie läßt sich eben kein Staat machen.

Rundschau.

Sonderbarer Fortschritt. Die Steinmetzschule in W i n - selburg (Schlesien) soll laut Magistratsbeschlusses aufgehoben werden. Man merkt es, daß der Hoffmeistermeister Schilling tot ist; dieser hätte sicherlich Mittel und Wege gefunden, daß die Schule fortgeführt würde.

Die Steinmetzarbeiten am Mainzer Dom sollen einer Er- neuerung unterzogen werden. Die Bewitterung an einzelnen Teilen soll sehr stark sein.

11 Prozent Dividende für das verfloßene Jahr kann die bayrische Hartsteinindustrie A.-G. ausschütten. Der Reinüber- schuß betrug 158 155 Mark. Die Aktionäre können sehr zu- frieden sein.

Mit 6 Prozent Dividende müssen sich die Aktionäre der Deutschen Steinwerke C. Vetter in Elmahn begnügen. Aber immerhin ist eine Kapitalverzinsung zu 6 Prozent wohl noch nicht schlecht zu nennen.

Große Pflastersteinlieferungen werden in den nächsten Tagen vergeben. Die nachstehenden Städte haben folgenden Steinbedarf:

Altona	285 000 Mt.
Bernburg	60 000 "
Breslau	18 700 "
Düsseldorf	243 000 "
Fraustadt (Posen)	58 000 "
Guntersblum (Hessen)	40 000 "
Kiel	71 500 "
Kottbus	176 000 "
Potsdam	160 000 "

Das wären somit ganz beachtenswerte Aufträge für die deutsche Steinindustrie. Die Städte Leipzig und Berlin haben ebenfalls Ausschreibungen vorgenommen, doch ist nicht ersichtlich, welches Quantum benötigt wird. — München wird dieses Jahr verpflastern 71 000 Quadratmeter von der größeren Sorte und 70 000 Quadratmeter Kleinpflaster.

Die größte Auflage hat die deutsche „Metallarbeiterzeitung“. Die Nummer 12 der genannten Zeitung erschien in einer Auf- lage von 400 000 Exemplaren. Diese Auflage des Verbands- organs des Deutschen Metallarbeiterverbandes entspricht zwar nicht der Mitgliederzahl, sie ist aber ein ungefähres Gradmesser dafür. Der Verband hatte im Jahre 1908 einen geringen Mit- gliederverlust, im Jahre 1909 hat er nicht allein diesen geringen Mitgliederverlust ausgeglichen, sondern die Mitgliederzahl hat sich um 11 000 erhöht. Allein in diesem Jahre ist die Mitglieder- zahl um circa 12 000 gestiegen, so daß die Hoffnung durchaus be- rechtigt ist, daß der Verband auch bald 400 000 Mitglieder zählen wird. Im April 1906 wurde die 300 000. Nummer herausgegeben, woran sich die Hoffnung knipfte, daß schon im Jahre 1908 die 400 000 erreicht würden. Die Krise, die auch besonders schwer auf der Metallindustrie lastete, machte die Aussicht zu schanden.

Die beiden gegnerischen Gewerkschaften im Gewerbe zeigen dagegen keinen Aufstieg in der Mitgliederzahl. Der Gewerk- verein der Maschinenbau- und Metallarbeiter zählte 1900: 35 619 Mitglieder, im Juni 1906: 52 963, Ende 1909: 37 647; der Deutsche Metallarbeiterverband dagegen 1900: 100 762, 1909: 373 349. Der „Christliche“ Verband hatte 1906 im Jahresberich- tungsbericht: 24 744, 1907: 28 090, Ende 1909: 24 002 Mitglieder. Die „Metallarbeiterzeitung“ sagt dazu: „Es ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Ent- wicklung unfres Verbandes und der beiden gegnerischen in Zu-

kunft einen andern Verlauf nehmen wird. Wir brauchen nur alle, jeder in seinem Kreise, wie bisher plaudernd und unvor- droffen zu arbeiten, dann werden sich in den nächsten Jahren unfre Reihen bedeutend verstärken. Und das wollen wir!“

Einen schönen Erfolg brachte die diesjährige Tarifverhand- lung den Holzarbeitern. In folgenden Städten wurde eine Einig- ung erzielt: Berlin, Düsseldorf, Barmen, Vornburg, Kiel, Köln, Stettin, Quedlinburg, Erfurt, Leipzig, Oldenburg, Spandau, Burg, Zeitz, Görlitz, Brandenburg, Danzig und Göttingen. So- weit bekannt wurde, haben die Holzindustriellen die Verein- barungen angenommen in: Köln, Danzig, Oldenburg, Barmen, Zeitz, Lüneburg, Görlitz, Rendsburg, Beuthen, Stargard, Götting- en, Greifswald, Düsseldorf, Burg und Spandau.

Die „Holzarbeiterzeitung“ bemerkt zur jetzigen Situation: „Der augenblickliche Stand der Dinge berechtigt zu der Hoffnung, daß die große Tarifbewegung dieses Jahres recht bald einen befriedigenden Abschluß findet. Alle Steine des Antikes sind allerdings noch nicht aus dem Wege geräumt. Die nun abge- schlossene Verständigungsaktion bezog sich für eine größere Zahl von Städten nur auf die wichtigsten allgemeinen Vertragsbestim- mungen. Die Verständigung über Einzelheiten, wie Akkordtarife usw., mußte der direkten Beratung der Ortsparteien überlassen bleiben. Diese Beratungen werden sich in manchen Städten noch einige Zeit hinziehen; doch wäre das kein Grund, den Abschluß des eigentlichen Vertrages zu verzögern. In manchen Städten dürfte von der einen oder andern Seite der Vereinbarung die Zustimmung verweigert werden. Voraussetzlich werden das nur vereinzelte Ausnahmen sein, doch würde dadurch die endgültige Erledigung der Bewegung weiter hinausgeschoben werden.“

Ob der Solidaritätsverpflichtung der Arbeitgeber, das heißt ihrem Beschluß, daß die Verträge nur dann als vollzogen gelten, wenn ihnen die Unternehmer in allen Städten zugestimmt haben, eine besondere Bedeutung beizumessen ist, läßt sich noch nicht übersehen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Arbeitgeber noch im letzten Augenblick einen Kampf auf der ganzen Linie herauf- beschwören und das Ergebnis einer langwierigen und schweren Arbeit über den Haufen werfen, um einigen widerhaarigen Mit- gliedern des Schuhverbandes einen Gefallen zu erweisen. Gänzlich ausgeschlossen ist dieser Fall allerdings nicht. Wir wollen deshalb den Tag nicht vor dem Abend loben und uns in diesem Stadium der Tarifbewegung jeden Kommentars über das bisher Erreichte enthalten. Dazu wird sich Gelegenheit bieten, wenn das Werk vollständig abgeschlossen ist, was ja voraussichtlich recht bald der Fall sein wird.“

Die Christlichen wiederum hereingefallen. Fünf Zentrums- christen hatten sich am 15. März vor dem Schöffengericht in Essen wegen Beleidigung des alten Bergarbeiterverbandes zu verant- worten. Sie hatten das alberne Gewächs von Heinen und Spantol weiter verbreitet, daß im Zentralvorstande Unter- schlagungen und Fehlbeträge vorgekommen, daß sich die Ver- bandsangestellten mit Revolvern ausgerüstet hätten, um auf die streikenden Bergleute, die Unterstützung verlangten, zu schießen, und was dergleichen alberne Erzählungen mehr waren. Diese Verleumdungen machten ja feinerzeit die Runde durch die ganze Zentrums- und die christlichen Führer benutzten sie als wirksamen Agitationsstoff. Der Vorstand des Bergarbeiterver- bands konnte sich gegen diese Verleumdungen nur noch durch eine Klage wehren, da seine Erklärungen von jenen Christen nicht be- achtet wurden. Deshalb mußten die Vertreter des Vorstandes, die Genossen Hufemann und Waldheer auch den vom Gerichts- vorstehenden angebotenen Vergleichsversuch ablehnen. Es hatten sich zu verantworten die Redakteure vom christlichen „Berg- knappen“ Imbusch und Kirrup, zwei Redakteure vom katholi- schen „Vollstrecker“ und der Drucker und Verleger eines Schandflugblattes gegen den Bergarbeiterverband. Sie konnten natürlich nicht zu ihren Aussagen stehen und versuchten zu kniefen. Einigen der Beklagten gelang das, weil die Zeugen- ausagen zur Bestrafung nicht ausreichten, die andern wurden mit je 50 Mark Geldstrafe bedacht.

So macht es die Gewerkschaftsfesseln. Das dümmste Ge- rede ist ihnen gerade gut genug, um es agitatorisch gegen unfre Gewerkschaften auszunutzen, sollen sie aber ihre Sache vertreten, dann sind sie nicht zu fassen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 14. bis mit 19. März 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Bei- tragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbs- losenmarken, M. = Material, Ad. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrazettel.)

Hemsbach, B. 221.90, E. 11.—, K. 2.50. Neuwied, B. 3.68, E. 4.—, Zell, B. 210.—, E. 5.—, K. 10.—. Schmalkalden, B. 92.—, Weiskopf, B. 211.50, K. 5.—. Witten, B. 46.—, E. 10.25. Mittelsteine, Div. 2.50. Elbing, B. 7.15. Jever, B. 4.95. Stendal, B. 3.90. Rudolstadt, B. 3.30. Ebersdorf, B. 1.60. Stralsund, B. 3.30. Liebenwerda, B. 2.70. Welppe, B. 2.95. Heide, B. 6.35. Schlei, B. 2.75. Bingen, B. 3.85, E. 3.50. Lüneburg, Ins. 2.85. Kröppa, Ins. 2.80. Ropenhagen, Ab. 7.20. Ohrenfurt, Div. 2.50. Wollshagen, B. 58.80. Selb, B. 38.—, K. 30.—, Div. 2.50. Kon- stanz, B. 98.70, K. 2.55. Kiel, B. 460.—, K. 20.—. Herdecke, B. 34.50, K. 9.50. Häslich, B. 504.—, Div. 2.50. Hof, B. 198.—. Hof, B. 210.—, K. 10.—. Gefrees, B. 126.—, K. 24.—. Fürstenauf (Söhndorf), B. 4.50. Dittelsdorf, B. 17.60. Jhehoe, B. 5.05. Lütz, B. 1.70. Leipzig (Rosse), Ins. 3.48. Hamburg (Dieblich), Ins. 26.—. Schwarzenbach, Div. 2.50. Reinheim, B. 69.—, E. 1.50, K. 2.—, M. 0.60. Zaucha (Siebert), 3.40. Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Essen. Der Marmorhauer Adam Scheu (Buch-Nr. 18411), gebürtig aus Wilmars a. d. Ruhr, ist von hier abgereist und hat sein Buch in Unordnung zurückgelassen. Wir ersuchen denselben, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Ortsverwaltung.

Oldenburg. Ich ersuche die Kollegen und Vertrauensleute, mir die Adresse des Marmorhauers Franz Meuski, bekanntzugeben. Derselbe hat meine Sachen zur Aufbewahrung an sich genommen und ist abgereist, ohne mich zu benachrichtigen. Gustav Franke, Pius-Hospital.

Königsbrück. Allen reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß vor dem Arbeitsuchen der Vertrauensmann befragt werden soll. Richard Berger, Schloßstraße 16, II.

Ohrenfurt. Der Kollege Anton Luderer (Buch-Nr. 46733) möge seinen Verpflichtungen dem Kartell gegenüber nachkommen. Die Ortsverwaltungen werden gebeten, den Kollegen auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Jannowitz. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis: das Ortsgeheim wird in den Brüchen von Fischbach und Rohrbach nicht mehr ausgegibt, sondern auf dem Werkplatz Janno- witz, es beträgt 0.80 Mt. Die Ortsverwaltung.

Waldenburg (Schlesien). Die Kollegen allerorts werden ersucht, mir den Aufenthalt des Steinmetzen Emil Tielemann bekanntzugeben; es handelt sich um wichtige Angelegenheiten. D. Kottmann, Gasthof W. Partig.

Neue Zahlstelle.

Neuwied (7. Gau). Vors.: Friedrich Schlepütz, Pfarrstr. 18. Kass.: Wilhelm Schäfer, Kirchstraße 48.

Adressen-Änderungen.

Demitz-Thumitz. 1. Vors. u. Kass.: R. Purtsche, Demitz- Thumitz, Nr. 42a. 2. Vors.: Paul Deyer, Schmied, Nr. 37c (Bez. Dresden).

Penig. Vors. u. Kass.: Konstantin Nestler, Stufenberg 8. Ziegelanger. Vors.: Georg Bräun, Ziegelanger. Kass.: Joh. Hoffmann, Zeil a. M. — Reiseunterstützung zahlt der Kassierer abends von 7—8 Uhr aus. Hildesheim. Vors.: D. Wegener, Schußstraße 4. Kass.: Heinrich Aschermann, Hochkamp 4. Eschershausen. Vors.: Aug. Samjen, Dorfstraße 99.

Briefkasten.

C. Wenn erst die Advokaten die Feder ansehen, dann wird die Sache „geschmolzen“. Wir würden abraten. — Weimar. Wir haben die Sache sofort erledigt. — R. Momentan nicht. — Dörfen- furt. Kann heute nicht mehr festgestellt werden. Nur nicht klein- lich sein. — D. Am besten ist die Schrift: Vom Romanischen bis zum Empire. Verlag von Friedrich Rothbart, Leipzig. —

Die Quartals-Abrechnungsformulare liegen diesen „Stein- arbeiter“-Sendungen bei.

Die Nr. 11 des „Steinarbeiter“ ist völlig vergriffen. Ueber- schüssige Nummern werden zurückerbeten. Die Expedition.

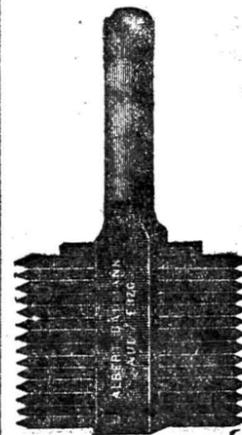
Mehrere Berichte mußten wegen Raum mangels zurück- gestellt werden.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufs- verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Donnerstag, den 31. März, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung der Sektion I
(Bau- und Grabsteinbranche)
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Kein Kollege darf fehlen! Die Ortsverwaltung.



Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte
Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine
Werkzeuge und Werkzeugstahl
empfiehlt zu billigen Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.
Preisliste gratis und franko.

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm
breit, Schürzenstoffe in allen Breiten,
Zadettis, Leder- und Wuchstü-
cken in eigener Anfertigung
empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft
in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtige Pflastersteinschläger
bei gutem Verdienst für sofort gesucht nach dem Bruch Schwos-
dorf bei Kamenz (Sachsen).
M. Hausl, Brannau bei Kamenz (Sachsen).

Ein im Steinhauer-Geschirrfachen geübter
Schmied
sucht lohn- u. dauernde Beschäftig. Off. unt. Nr. 24 d. d. Exp. d. Bl. erb.
Kollege Johann Heigl
aus Metten, zuletzt in Pilsthal in Baden beschäftigt, wird
ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten einzusenden.
Karl Artmeier, Beucha.

Gestorben.
In Berlin am 11. März der Kollege Albert Hempel,
54 Jahre alt, an der Brustkrankheit.
In Verdingen am 8. März der Kollege Gottlieb Damp,
29 Jahre alt, an der Brustkrankheit.
In Deutmannsdorf am 1. März der Kollege Martin
Schäblich, 31 Jahre alt, an der Brustkrankheit.
In Frankfurt a. M. der Kollege Karl Köhler, 49 Jahre
alt, an der Brustkrankheit.
In Königsberg am 9. März der Kollege Karl Bräse,
36 Jahre alt, an Lungenerkrankung.
In Pirna-Dresden am 13. März der Kollege A. Jurrod,
47 Jahre alt, an der Brustkrankheit. — Eben-
dasselbst am 14. März der Kollege M. Voigt, 40 Jahre alt, durch Selbst-
mord. — Eben-
dasselbst am 14. März der Kollege Robert
Kötzig, 39 Jahre alt, an der Brustkrankheit. — Eben-
dasselbst am 15. März der Kollege Fr. Söhne, 55 Jahre
alt, an der Brustkrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

An den Frühling!

Und wenn du kommst mit deinen Sturmeschören,
Mit deinen Adlerkrallen, die das Tote
Jah niederreißen von den schwarzen Stämmen,
Dann, Landbesreiter, muß ich auf dich hören.

Wie die Gefänge in den Wipfeln rauschen!
Ich liege schlaflos in der dunklen Nacht
Und fühle wie mein Leben neu erwacht
Und meine Sinne freudig auf dich lauschen.

Dann strömt der Regen nieder auf mein Haus
Wie Wolkenbruch ... und Stunden so auf Stunden ...
Mit deiner Zornesfaust schlägst du die Wunden
Und wäscht sie dann mit milden Wässern aus.

Denn was du willst, ist Leben und nicht Tod.
Aus allen Wunden werden Zweige sprießen
Mit weißen Blüten und mit Früchten rot,
Daß wir uns freuen und die Frucht genießen.

Du bist die Hoffnung, die dem jungen Saft
Den Weg befreit, daß er nicht fault und stockt,
Die ihn zum frischen, frohen Bauen lockt.
Du bist die Sehnsucht und du bist die Kraft.

Du bist der Osterglaube, der nicht stirbt,
Ob auch Jahrtausende zu Asche fallen,
Der Sonnenadler, der mit seinen Krallen
Um freie Bahnen für das Neue wirbt ...

Ja, wenn du kommst mit deinen Sturmeschören,
Dann singt's in mir von blühtschönen Zeiten
Und von der Lust, die Früchte zu erklimmen ...
Wie arm sind jene, die nicht auf dich hören! —
Ernst Preczang.

Gautag für den Bezirk Hannover.

Am 6. März fand unsere Gaukonferenz in Hannover statt. Anwesend waren 24 Delegierte aus 22 Zahlstellen. Zu Vorwissen wurden Biewig und Laxor gewählt. Hasserode und Leopoldsdahl waren nicht vertreten.

Biewig gibt seinen Tätigkeitsbericht. Ausgehend vom Gautag 1908 gibt er ein Bild der Bewegung und der Arbeiten im Gau. An Posttagen sind in den zwei Jahren an Eingängen 1164 und an Ausgängen 1342 zu verzeichnen. Der Kassenbestand beträgt 11,33 Mark. Er war in dieser Zeit 435 Tage auswärts, Versammlungen wurden 76 und Vorträge 43 abgehalten, ferner 93 Besprechungen, 17 Sitzungen, 28 Revisionen. Differenzen waren 63 zu verzeichnen, Verhandlungen 38, Tarifberatungen 22, Streiks 43, Klagesachen 8, Maßregelungen 3, Agitationsreisen 37. Zurzeit bestehen 25 Tarife in den Zahlstellen. Trotz großer Kosten und Zeitaufwand war kein Fortschritt, sondern ein Rückgang von über 500 Mitgliedern zu verzeichnen. Beschwernis und hemmend ist es, wenn der Gauleiter bei jeder kleinen Sache nach einem Ort gerufen wird. Redner erklärte die Taktik bei einzelnen Differenzen. Der Kampf in Wildemann ist ein Kampf um das Koalitionsrecht und muß darum schon durchgeführten werden. Es ist schwer bedauerlich, daß es auch in den Städten noch eine ganze Anzahl unorganisierter Kollegen gibt. Ferner ist die massenhafte Flucht der Mitglieder in Hasserode und Regenborn sehr bedauerlich. Die Kassengeschäfte sollen und müssen in ehrliche und tüchtige Hände gelegt werden. Ferner würden die Revisionen aufgefördert, mehr pöbliche Revisionen vorzunehmen und sich zuerst das Geld zeigen zu lassen, damit sich nicht die Fälle von Bielefeld und Göttingen wiederholen. Auch über die Gewerbeinspektoren wurde geklagt, daß dieselben viel zu wenig energisch vorgehen.

In der Diskussion besprach Starke-Hamburg I den Streit vom Jahre 1908.

Siebold als Vertreter des Zentralvorstandes verteidigt die Verbandsleitung. Es muß durch energische Agitation der Mitglieder der Steinarbeiter in anderen Verbänden aufhören. Wegen der Hilfsbescheinigung verlangt, daß die agitatorisch tätigen Kollegen mehr von der Gauleitung in Anspruch genommen werden.

Volte-Hannover geht auf den Streit in Bredenbed und die Aussperrung in Hannover ein. Er kritisiert das Verhalten des Gauleiters, weil er, ohne den Vorstand zu fragen, eigenmächtig die Bewegung abgebrochen hat.

Maus verlangt mehr agitatorische Tätigkeit der Arbeitskollegen. Er bedauert den Rückgang in Hasserode.

Müller-Wildemann bespricht den Ausstand in seiner Zahlstelle und kennzeichnet treffend das Verhalten der Firma Gebrüder Sieghelm. Er verliest mehrere interessante Schreiben der Firma.

Weber-Lübke legt Beschwerde ein, da den Zahlstellen zu wenig freie Hand gelassen wird.

Mayer-Braunschweig teilt mit, daß leider in Braunschweig die Interessiertheit eine große ist; es sind nur drei Fünftel der dort beschäftigten Kollegen organisiert. Durch regeres Interesse in der Partei und der Gewerkschaft wird auch dem Teufel Alkohol Einhalt geboten werden.

Schulze-Osnabrück wünscht mehr Agitation, da die Lage der Steinarbeiter dort sehr schlecht ist.

Siebold erörtert die Hasseroder Geschichte und verteidigt das Verhalten der Zentrale. Die durchgesehenen Kassenbücher sind sehr oft mangelhaft, auch fehlt bei vielen das Wertzeitkonto.

Starke verlangt von der Zentralleitung mehr Berücksichtigung der Kollegen wegen Maßregelung. Die Agitation der Kollegen muß ja erlahmen, wenn ihnen der Nacken nicht von der Zentrale gestiftet wird.

Sporleder-Osterwald verlangt, daß die Agitation in andere Bahnen gelenkt werde, damit der Verband mehr Mitglieder bekommt.

Ueber die Hilfsarbeiterfrage und die Erwerblosenunterstützung spricht Siebold. Es sind wohl die wichtigsten Punkte, die zurzeit das Interesse der gesamten Kollegen hervorrufen. Die Gegner bringen überall dort, wo wir ein Agitationsgebiet entdecken, ein und versuchen, für sich Mitglieder zu gewinnen. Dabei nehmen sie auch die Hilfsarbeiter mit Freuden auf. Die Erwerblosenunterstützung sei nach seiner Meinung vorläufig nicht durchzuführen, da die Arbeitslosigkeit in der Sandsteinbranche eine zu große ist. Um die Hilfsarbeiter für unseren Verband zu gewinnen, werden von der Zentralleitung wahrscheinlich Staffelleistungen von 30, 40, 50 und 60 Pfg. vorgeschlagen werden.

In der Diskussion waren viele Redner der Meinung, daß die Hilfsarbeiterfrage schon längst geregelt sein könnte. Auch wird nicht bestritten, daß durch höhere Beiträge ein Mitgliederzuwachs eintritt.

Steinbach verlangt von den Kollegen ein harmonisches Zusammenarbeiten mit den Hilfsarbeitern. Der Eigenbündel und dieser Quittzopf, das die Steinmehrer etwas besseres sind, muß verschwinden. Ihn es doch gerade diejenigen, die an wenigsten die Organisation vertreten, aber den Zunftbündel am meisten herporheben.

Von Starke wurde vorgeschlagen, die Arbeitslosenunterstützung durch Uebernahme zu regeln, was aber allseitig bekämpft wird. Da alle Redner einig waren mit der Organisation der Hilfsarbeiter und auch sämtliche Redner mit einer Ausnahme gegen die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung wegen zu großer Kosten waren, so ging man zum nächsten Punkt über: Anträge und Beschiedenes.

Hamburg II stellt folgenden Antrag: „Von der zwingenden Notwendigkeit der Erwerblosenunterstützung überzeugt, ebenso überzeugt von der Unmöglichkeit ihrer Durchführung im Zentralverband der Steinarbeiter, stellt Hamburg II den Antrag, der Verbandstag möge beschließen, die Zentrale hat sich umgestimmt mit dem Deutschen Bauarbeiterverband oder dem Zentralverband der Steinseker und Pflasterer zwecks Verschmelzung in Verbindung zu setzen.“ Dieser Antrag wurde der Zentralleitung überreicht.

Ein Antrag, daß pro Jahr und Mitglied 45 volle Wochenbeiträge geleistet werden sollen, wurde abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Hoof bei Kassel verlangt, daß sich Biewig mit der Gauleitung des Bergarbeiterverbandes in Verbindung zu setzen hat, damit agitatorisch besser gearbeitet werden kann.

Die Aussprache auf der Konferenz hat zu einer Klärung wohl beigetragen, und es wäre zu wünschen, daß die Anregungen, die gegeben worden sind, auch fortgepflanzt werden.

Die Konferenz wurde abends 8 Uhr geschlossen.
F. Starke, Schriftführer.

Industrieverbände oder Branchenorganisation.

Das Thema mit obiger Ueberschrift ist im Steinarbeiterverband gegenwärtig sehr aktuell, das beweisen die vielen Zuschriften, die auf die Artikelserie: „Warum muß unser Verband auf eine breitere Grundlage gestellt werden?“ eingesandt wurden. — Der Reichstagsabgeordnete Genosse Robert Schmidt hat seinerzeit am Tage vor Eröffnung des Hamburger Gewerkschaftskongresses über die Industrieverbände oder Branchenorganisationen ein vorzügliches Referat gehalten, welches wir in der Grundtendenz wiedergeben möchten, weil die allgemein gehaltenen Ausführungen auch vom historischen Standpunkte aus sehr interessant sind. Der Redner führte an:

Die Meinungsverschiedenheiten über die Organisationsform der Gewerkschaften sind leider recht groß. Sind auch der Aufschwung der Mitgliederzahl und die Steigerung der finanziellen Leistungsfähigkeit erfreulich, so bleiben doch Form und Abgrenzung strittig. Der Streit ist so alt wie die Gewerkschaftsbewegung. Es lag zunächst nahe, sich streng an die Gewerbe zu halten, sich nach den Handwerken zu gruppieren und Anschluß zu suchen. Aber sehr bald ward die Meinung laut, daß man die Berufsgliederung nicht zu weit treiben dürfe, daß man große Industriegruppen zusammenfassen müsse. Speziell von Hamburg aus ward der Gedanke vertreten, daß man eine allgemeine Gewerkschaftsorganisation ohne Berufsabgrenzung schaffen müsse, ja, man ging soweit, eine internationale zu fordern, um für gewisse Aufgaben und Kämpfe mobil zu machen und Mittel bereitzustellen. Daß diese Auffassung Platz greifen und in der relativ schwach entwickelten Gewerkschaftsbewegung Nahrung finden konnte, ist erklärlich. Jedemal, wenn man die Schwäche fühlt, wenn die gewünschte Stärke sich nicht einstellen will, tauchen Projekte auf, die Form zu ändern, weil diese daran schuld sei. Es war ein Ausdruck der Schwäche, wenn die Forderung eines allgemeinen Verbandes ohne Berufsgliederung propagiert wurde, ein Produkt der Verlegenheit, ohne inneren Halt, und nicht auf den tatsächlichen Verhältnissen aufgebaut. Der Gedanke ward auch nie zur Tat, wozu das alle Gewerkschaften hinwegsetzende Sozialistengesetz mit beitrug. Als wir dann wieder das erste Aufblühen, die ersten Anfänge sehen, erfolgen sie in Anlehnung an die rechtlichen Verhältnisse, unter Anpassung an die Verufe, versucht man sie aufzubauen und emporzuheben, indem man allen kleinen Gruppen in Industrie und Gewerbe organisatorischen Ausdruck verleiht, so daß mancherorts zahllose Organisationen für alle möglichen Spezialberufe entstehen.

Es lohnt, einen Blick auf das Ausland zu werfen. Wir haben das englische Beispiel nie verfolgt. In unserm Vorteil. Dort hat sich bis heute eine große Zerrissenheit aufrechterhalten. Es existieren zahlreiche Sozialorganisationen mit großen Machtbefugnissen. Unsere straffe Zentralisation hat man nicht. Das ist heute nicht von Vorteil, inwieweil es keine Berechtigung gehabt hat, da es sich in geschichtlichem Werden an die Bedürfnisse anpaßte. Dem deutschen Beispiel sind mehr die nordischen Länder gefolgt. Dänemark hat sich uns wesentlich angepaßt, in Schweden und Norwegen liegt es ähnlich, und in Desterreich sind die Tendenzen mit Erfolg dahin gerichtet. Ebenso ist Holland auf dem besten Wege zur Zentralisation unter Ausschließung aller anarchischen Tendenzen. Auch in Belgien macht sich das bemerkbar, wenn auch nicht in der bei uns üblichen stark ausgesprochenen Art. Hier spricht das romanische Element schon mit, das stets dem Individualismus huldigt und sich strenger Unterordnung nicht anbequemen vermag. Noch zerrissener, disziplinloser, unklarer sind die Franzosen. Bei ihnen sehen wir wachsende Abneigung gegen die parlamentarische Aktion und gegen die sozialdemokratische Partei; eine Tendenz, die wir nicht anerkennen. Sie lieben es, unvermittelte Streiks zu veranstalten und Kohnbewegungen zu inszenieren ohne Vorbereitung und ohne Mittel. Sie verachten unsere „simple, vorsichtige Taktik“ — bei ihnen heißt es: „Draus in den Kampf! Den Gegner überrollen!“ Nun, sie werden vielleicht noch einsehen, daß die gereifte deutsche Bewegung den richtigen Weg gefunden hat. Diesen beschreitet auch Italien. Die dortigen Führer, besonders die der Landeszentrale, haben lange bei uns gewirkt und Erfahrungen gesammelt, die sie jetzt mit gutem Gelingen auf ihr bewegliches romanisches Volk übertragen. Ihre Landarbeiterorganisation z. B. ist mustergültig; darin sind sie uns weit überlegen. Mag das auch mit an den Verhältnissen liegen, — erfreulich bleibt, daß eine exakte, planmäßige Bewegung entsteht und sich zusehends kräftigt.

Beim Wiederbeginn unserer gewerkschaftlichen Bewegung hätten wir zunächst sehr viele lokale Organisationen, aus denen erst nach und nach die Zentralisation erwuchs. Für diese bedeutete die erste große Auseinandersetzung in Halberstadt einen glänzenden Erfolg. Mit dieser Entwicklung gingen aber schon Gedanken und Wünsche konform, die uns lehren, daß man ein

Aus der Geschichte der Sprengstoff-fabrikation.

Die Erzeugung von Sprengstoffen wird heute in ausgedehnter Weise fabrikmäßig betrieben. Professor Dr. R. Wiedemann hat nun über: Die Sprengstoffe, ihre Chemie und Technologie ein interessantes Buch geschrieben. (Verlag von G. V. Teubner-Beipzig. Preis 1 Mark.) Dem Wiedemannschen Buche entnehmen wird folgendes:

Die Frage, wann zuerst ein Sprengstoff, insbesondere das Schießpulver, hergestellt und als mächtiges Kraftmittel angewendet worden ist, kann nicht mit großer Genauigkeit beantwortet werden. Wir finden schon frühe bei verschiedenen Völkern den Gebrauch von brennenden Wurfgeschossen. Die als solche benutzten Holzschäfte wurden alsbald verbessert durch die Verwendung von Pech, Schwefel, Harzen, von Stoffen, die leicht zu entzünden und, einmal brennend, schwer zu verlöschen sind. Diese Stoffe werden in der Hitze flüssig und hatten stark an den Körpern, auf denen sie sich geschmolzen verbreiten. Immerhin waren sie verhältnismäßig leicht durch Abkühlung und Luftabschluss unschädlich zu machen. Das Geschoss selber durfte keine sehr große Geschwindigkeit haben, um nicht schon während seines Flugs durch die abkühlende Wirkung der Luft zu erlöschen.

Diese Uebelstände der Brandgeschosse wurden beseitigt durch das berühmte griechische Feuer (um 678). Das Geheimnis seiner Fabrikation und seiner Verwendung war zunächst auf das byzantinische Kaiserreich beschränkt. Dieses Feuer, das anscheinend durch kein Mittel zum Erlöschen gebracht werden konnte, machte einen gewaltigen Eindruck auf die damaligen Zeitgenossen. So wurde behauptet, daß auch die durch das griechische Feuer in Brand gesetzten Gegenstände nicht wieder gelöscht werden könnten. Zahlreiche andre Zeugnisse einer lebhaft getroffenen Einbildungskraft sind vorhanden. Worin bestand die so erfolgreiche Neuerung in der Herstellung des griechischen Feuers? Es ist die Entdeckung des Salpeters und seiner Eigenschaften, die den Erfolg herbeigeführt hat.

Um 678 tritt das griechische Feuer zum erstenmal bei einem geschichtlichen Ereignis auf als eine Erfindung des Kalinikos

aus Heliopolis. Die Flotte der Araber, die Konstantinopel belagerte, wurde mit dessen Hilfe zerstört, und das griechische Feuer war mehrere Jahrhunderte hindurch eine fürchterliche Waffe in den Händen der Byzantiner, besonders in den Seeschlachten. Kaiser Leo der Philosoph hat in seinen militärischen Schriften angegeben, daß man es aus Röhren schleudern solle, aus denen es mit Donnergeräusch hervorbräche, und daß seine nicht verlöschende Flamme die feindlichen Schiffe vernichte. Ob und in welcher Weise hierbei die Treibkraft der Verbrennungsgase mitwirkte, ist nicht festzustellen. Daß Salpeter als Bestandteil in die Mischungen aufgenommen wurde, ist zweifellos. Gewöhnlich wurde das griechische Feuer in ausgehöhlte Steine oder eiserne mit Löchern versehene Gefäße eingeschlossen, die aus Wurfmaschinen geschleudert wurden. Die Byzantiner gebrauchten auch solche Gefäße und Röhre (Chirolyphon genannt), die mit der Hand auf den Feind geworfen wurden.

Von vielen Schriftstellern wird über den Gebrauch der Feuerpfeile und Feuerkugeln bei Belagerungen und in der Schlacht auf eingehendste berichtet. Aber die genaue Zusammensetzung des griechischen Feuers wurde von den Griechen sorgfältig geheim gehalten. Sie nennen die brennbaren Bestandteile, Pech, Napha, Schwefel, aber von dem wichtigsten Bestandteil, dem Salpeter, wird kein Wort gesagt.

Im 13. Jahrhundert kannte man also salpeterhaltige Gemische, die leicht entzündlich waren und brennbare Gegenstände leicht in Brand zu setzen vermochten, die auch in Form von Raketen auf gewisse Entfernungen hin geschleudert oder geschossen werden konnten. Die letztere Verwendung führte nun allmählich dahin, die Treibkraft des Pulvers zum Abschleichen von Projektile zu verwenden. In die Raketenröhre brachte man nicht nur das brennbare Gemisch, sondern auch darüber ein Geschoss, das durch die Verbrennungsgase fortgetrieben wurde.

Diese Erfindung und damit die des Schießpulvers scheint von den Arabern gemacht worden zu sein. In einem in der Petersburger Bibliothek aufbewahrten arabischen Manuskript aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts wird eine Mischung beschrieben, die aus 10 Drachmen Salpeter, 2 Drachmen Kohle und 1½ Drachmen Schwefel hergestellt wird. Mit diesem zu einem feinen Pulver zerriebenen Gemisch füllt man den „Medjaa“ zu einem Drittel an, drückt die Masse mit einem zweiten

passenden Meesfaa zusammen, legt eine Kugel oder einen Bolzen darauf und bringt dann Feuer an das Bündel usw. Medjaa war ein ausgehöhlter Kanzenhast.

In Deutschland ist die Erfindung des Schießpulvers mit dem Namen Berthold Schwarz verknüpft. Dieser (Bertholdus Niger), ein Franziskaner in Freiburg i. B., soll bei alchimistischen Versuchen zufällig das Schießpulver und seine Wirkung entdeckt haben. Im 15. und 16. Jahrhundert galt er allgemein als der Erfinder des Schießpulvers. Sichere Daten über diesen Mann und die Zeit, in der er lebte, sind noch nicht ermittelt worden. Sieht man von den vielen über ihn erzählten Anekdoten ab und hält sich an die zuverlässigeren Berichte aus deutschen, italienischen, niederländischen und andern Quellen des 15. und 16. Jahrhunderts, so kann man wohl als wahrscheinlich annehmen, daß der Mann Berthold Schwarz wirklich existiert und wohl auch unabhängig, ohne Benutzung anderer, besonders arabischer Schriften die Erfindung gemacht habe, aber zu einer Zeit, Mitte des 14. Jahrhunderts (am häufigsten wird sogar 1380 angegeben), in der anderwärts, auch in Deutschland, der Gebrauch des Schießpulvers schon wohlbekannt war. So wissen wir, daß Pulverfabriken 1340 in Straßburg, 1344 in Spandau, 1348 in Lübeck existierten. In Lübeck soll 1360 ein Brand, der das Rathaus zerstört hat, infolge einer Pulverexplosion entstanden sein. Johannes Rothe erzählt in seiner thüringischen Chronik, daß zum erstenmal bei der Belagerung von Einbe durch Friedrich, Markgraf von Meißen (im Jahre 1365), von Seiten des Verteidigers, des Herzogs Heinrich von Braunschweig, Schußwaffen gebraucht worden seien: „Diz was dy erste Buchse, dy yn duffin Landin vernomme wart.“

Jahrhunderte hindurch war Schwarzpulver das für Schieß- und Sprengzwecke allein verwendete Treibmittel. Erst das 19. Jahrhundert brachte neue Sprengstoffe, zunächst die sog. Nitrodröper, die Salpetersäureester von Zellulose und ähnlichen Kohlenhydraten.

Ein brauchbares Produkt, das das größte Aufsehen erregte, erhielt zuerst Schönlein in Basel im Jahre 1845 durch die Einwirkung von Salpetersäure auf Baumwolle. Ohne daß die Struktur der Baumwolle äußerlich sichtbare Veränderungen erfuhr, wurde sie in einen äußerst explosiven Körper umgewandelt, der sich als zu Schieß- und Sprengzwecken geeignet erwies.

Prinzip nicht überlassen, daß man nicht ins Uferlose organi- sieren soll. Da war z. B. der Zentralvereinsfonds. Die Ansicht war: Es müssen Mittel gesammelt und gemeinsam verwendet und zur Verfügung gestellt werden, wo es not tut. Bald war es ein unliebsamer Streitpunkt: Ob zu wenig oder zuviel, ob am rechten Ort oder zu rechter Zeit gegeben sei. Der Fonds wurde bald aufgehoben. Die Beschlüsse unseres letzten Kongresses fallen sozu- sagen schon ins entgegengelegte Extrem. Sie sind charakteristisch durch die starke Betonung der Notwendigkeit, die erforderlichen Mittel selbstständig zu beschaffen. Streng wird die Taktik abge- wiesen, Streiks ohne Aussicht auf Mittel, ohne Grundlage und ohne den Hinterhalt einer starken Organisation zu beginnen. Bestimmte Voraussetzungen für Streiks werden gefordert. Der Zug geht durch alle Berufsverbände, planlose Streiks auszu- merzen: Für die Kämpfe selbst aufkommen, nicht gleich an die Allgemeinheit appellieren! Das hat sich ganz von selbst ergeben und entwickelt, und damit die Folgerung: Recht hohe Beiträge, um größtmögliche Leistungsfähigkeit zu erzielen! Die strenge Be- tonung der Selbsthilfe der Organisation kann zu einem Egois- mus führen, der die Starken auf die Kleinen herabzudenken und ihnen eventuell die nötige Unterstützung versagen läßt, weil sie glauben, solche selbst entbehren zu können. Wir dürfen aber wohl sagen, daß, so wie heute die Dinge liegen, die deutschen Gewerkschaften in ersten Fragen zusammenstehen und, wenn Not am Mann ist, Mittel bereitstellen werden. An sich ist der Grundsatz durchaus richtig: Nicht auf fremde Hilfe bauen, selbst entsprechend organisieren! So ist die Kölner Resolution ein Ansporn zu finanzieller Stärkung, ein kritischer Maßstab, wieweit gegangen werden darf, und eine Mahnung, aussichtslose Kämpfe zu ver- meiden.

Nun heißt es: Wenn auch keine allgemeine Arbeiter-Union zu schaffen ist, sollte man da nicht wenigstens die kleinen Verbände ausmerzen und Industrieverbände schaffen? Als Hauptgrund wird angeführt: Die Entwicklung der Industrie ist eine gewalttätige, sie scheidet die Berufe gar nicht mehr, sie schafft große, allgemeine Produktionsstätten. Diese Arbeiter müssen wir zusammenfassen, da stets einer vom andern in Mitleidenschaft gezogen wird. Als nächstliegendes Beispiel gilt die Metallindustrie, die tonangebend ist für die ganze technische und industrielle Entwicklung eines Landes. Hier muß die Berufsgliederung aufhören, hier gebührt eine gemeinsame Organisation. Weniger schlagkräftig ist der Grund, daß die Unternehmer in großen Verbänden ohne Berufs- gliederung organisiert seien. Letzteres trifft nicht zu. Wohl aber sind sie einig in ihren Aktionen. Und sie haben eine vorzügliche Zentrale für alle Berufe. Das haben sie aber uns nachgemacht. Sicher bietet eine Industrieorganisation große Vorteile, während jede Zersplitterung schadet. Doch auch die Berufsgruppierung war zeitweise wertvoll und wünschenswert, weil nichts in der Agitation besser paßt, als wenn man den einzelnen bei seinen speziellen Berufsinteressen fassen kann. Auf die Berufsarten sollte deshalb auch bei allen Statistiken besonders Rücksicht genom- men werden.

Nun ist aber auch eine Tendenz zu Industrieverbänden, für die eine Grundlage gar nicht vorhanden ist. Und das ist sehr be- denklich. So will man Bäcker, Fleischer, Brauer usw. zum Nahrungsmittelindustrieverband verschmelzen. Maßgebend ist doch nicht die Voraussetzung, daß die Leute sämtlich für den Kon- sum produzieren, sondern daß sie gemeinsame Produktionsstätten haben, daß man sie nicht mehr auseinanderhalten kann, wie das in der Metallindustrie der Fall ist. Was hat aber ein Bäcker mit einem Schlächter in der Beziehung gemeinsam? Doch nur, daß beide Genussmittel fabrizieren, sonst gehen ihre speziellen Interessen weit auseinander. Anders liegt es im Transport- gewerbe. Dort ist eine gewisse Grundlage für den Industrie- verband gegeben durch die engen Beziehungen, durch das Zuein- andergreifen der Berufstätigkeit. Auch für die keramische Indus- trie mag der Zusammenschluß noch angehen. Weniger schon in der Lederindustrie. Sie ist sehr scharf gegliedert, hat nichts Zuein- anderlaufendes. Die Portefeuliers z. B. gehören eher zu den Buchbindern. Eine rein schematische Zusammenlegung ist kein Vorteil. Die Berufsinteressen spielen eine große Rolle, ihre genaue Kenntnis ist besonders bei Tarifabschlüssen höchst wichtig.

Werden bei der Schaffung von Industrieverbänden die Grenzstreitigkeiten schwinden? Ich bezweifle es. Sie bleiben nach wie vor. Es sind Streitigkeiten, die schwer zu schlichten oder gar zu beseitigen sind. Es besteht ja darüber eine Resolution. Daß dieser Versuch, die Differenzen zu beseitigen, gelungen sei, kann niemand behaupten. Kartellverträge aller Art sind ge- schlossen, es wird aber immer wieder gesagt, sie würden nicht ge- halten. Die Organisation der Saisonarbeiter ist nicht gelöst; die Bezahlung der Beiträge in zwei Verbänden wird leicht zur Härte. Nicht geklärt ist die Frage, was mit den in Gemeinde- usw. Betrieben übergehenden gelernten Arbeitern geschehen soll. Die Staatsarbeiter beanspruchen Steuereheber, Gasarbeiter unter dem lebhaften Widerspruch der andern Organisationen. Es muß eben schon erwartet werden, daß man sich allmählich ver- nünftig zu verständigen lernt.

Ich bin Anhänger der Industrieverbände dort, wo die Vor- aussetzungen gegeben sind. Man soll sie pflegen unter möglichster Schonung der Berufsgruppen. Bei den Holzarbeitern sind die An- schlüsse in Ruhe, ohne große Schwierigkeiten erfolgt. Wir haben sie gern gesehen. Und für die einzelnen Gruppen ist er von Nutzen gewesen, die Anziehungskraft der Branchen hört im Industrieverband bei richtiger Pflege, wie sie im Holz- und Metallarbeiterverbände erfolgt, nicht auf. Niemand kann nach- weisen, daß dort wichtige Berufsinteressen, vor allem bei Lohn-

kämpfen, vernachlässigt seien, im Gegenteil, große Mittel sind dafür aufgewandt worden. Die dominierende Gruppe (Fischer, Schloffer) tüßt die Kleinen. Es wäre dankenswert, wenn das einmal statistisch festgelegt würde.

Wenn man diese Vorgänge des Industrieverbandes nicht ver- kennt, dann soll man dort, wo die Möglichkeit gegeben ist, und vor allem, wenn schon ein großer Teil der Mitglieder drüben steht, den Schritt tun. Die Differenzen über Form und Grenzen sollten nicht mehr zu Konflikten führen. Duldsamkeit gegen Berufsverbände und Zusammenschluß in großen Organisationen unter den genannten Voraussetzungen! Wenn so mit Ruhe, Sach- lichkeit und Entgegenkommen gehandelt wird, kann sich dieser Tendenz niemand entziehen, so sehr auch vor schematischem Zu- sammenschluß ohne inneren Zusammenhang zu warnen ist.

Das entlarvte Zentrum und die christlichen Arbeiter.

Der Tag, an dem im preussischen Abgeordnetenhaus die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage begann, ist zu einem schwarzen Tag in der Geschichte der schwarzen Partei ge- worden, zum schwarzen Tag, den das Zentrum vielleicht je- mals noch erlebt hat. Es mag sein, ja es ist wahrscheinlich, daß die Leitung der Partei schon in den ersten Stadien dieser denkwürdigen parlamentarischen Schlacht begriffen hat, wie falsch sie operiert hatte, aber es gab für sie kein Zurück mehr. Und so endete der Tag, wie er enden mußte, mit einer völligen mora- lischen Niederlage der Partei, die die Worte „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ auf ihre Fahne geschrieben hat.

Das Zentrum hat an diesem 11. März gegen die Ein- führung des Reichstagswahlrechts in Preußen gestimmt. So hat es, in die Enge getrieben, endlich sein wahres Gesicht ge- zeigt! Während der Freiherr v. Hertling drüben im Reichstag eine Scharfmaßerrede gegen die Arbeiter hielt, die sich im Kampf um das Recht ehrenvolle Narben geholt hatten, stimmte das Zentrum im Abgeordnetenhaus unter Herolds Führung erst das gleiche und dann das direkte Wahlrecht nieder. Der freisinnige

An die Verbandsmitglieder!

Die Arbeitsniederlegungen häufen sich. Wir verweisen auf die Bestimmungen des Statuts, daß vor der Arbeitsniederlegung die Sanktionierung des Zentralvorstandes eingeholt werden muß. Werden Streiks ohne Genehmigung des Zentralvorstandes beschlossen, so wird eine finanzielle Unterstützung aus der Hauptkasse verweigert. — Die Unternehmer versuchen sehr oft, unsere Kollegen zu Streiks zu provozieren, aber wenn es diesen Herren angenehm ist, dann haben wir — keine Veranlassung, so ohne weiteres Streiks zu beschließen.

Die Ortsverwaltungen machen wir darauf aufmerksam, daß sie die statutarischen Bestim- mungen, welche doch für die Gesamtheit gelten, dementsprechend einhalten möchten.

Der Zentralvorstand.

Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen begann mit dem Satz: Das Wahlrecht ist für alle Wahlberech- tigten gleich!

Ueber diesen Satz wurde gesondert in gewöhnlicher Abstim- mung abgestimmt, da das Zentrum einen Antrag auf nament- liche Abstimmung zu Fall gebracht hatte. Und das Zentrum stimmte gegen diesen Satz!

In dem folgenden Satz des freisinnigen Antrags wurde die geheime und direkte Wahl gefordert. Die Abstimmung hier- über war namentlich. Und in dieser namentlichen Abstimmung stimmte das Zentrum gegen das direkte und geheime Wahlrecht, wie es zuvor auch gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt hatte. Angesichts solcher Vorgänge verstummt selbst die Entrüstung, und es bleibt kein andres Gefühl übrig, als das des Abscheus und des Ekels. Ein Akt von solcher Widerwärtigkeit, wie diese plötzliche Ueberkehr der ultramontanen „Wahlrechts- freunde“ zu gütigen und gehässigen Gegnern des gleichen Rechts, ist kaum jemals noch in der Geschichte der Parlamente erlebt worden. Selbst die Junker von der Rechten schienen mit Er- staunen auf dieses Schauspiel zu blicken, und ein heimliches Grauen vor ihren Freunden mag sie erfasst haben. Die Junker sind ein rohes, brutales Volk, das auf Recht und Menschlichkeit pfeift, sie sind aber wenigstens ehrlich genug, das offen zu er- kennen zu geben. Die Entlarvung des Zentrums, das erste

große Ereignis des Tages, steht in unmittelbarem Zusammen- hang mit dem zweiten: dem Abfall der christlichen Arbeiter.

Die Arbeiterabgeordneten des Zentrums, die angehts der geschilderten Entwicklung der Dinge den Boden unter ihren Füßen wanken fühlten, fanden nicht den Mut, die „volksfeindliche“ Taktik ihrer Partei mitzumachen. Teils verließen sie in fluchtartiger Eile den Saal, teils ent- schlossen sie sich, wie die Abgeordneten Gronowsky und Sauer mann, mit der Linken erst für das gleiche, und dann in namentlicher Abstimmung auch für das geheime und direkte Wahlrecht zu stimmen. Selbst die Herren Brust und Giesberts, die nicht den Mut zum Ja fanden, fanden noch viel weniger den Mut zum Nein, sie hielten sich darum von der Abstimmung fern.

Aber diese Arbeiterabgeordneten hatten nicht den Mut, im Plenum den übrigen Zentrumsabgeordneten zu sagen, daß ihre große Partei für das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht eingetreten müßte. Die Arbeiterabgeordneten haben sich gegen- über den hohen Zentrumsführern sein geduldet, sie haben feige geschwiegen, wo sie mit klammernder Rede die Rechte der Ar- beiter wahren sollten. Das ist eine Taktik dieser Arbeiterabge- ordneten, welche die große Volksmasse nicht so schnell ver- gessen wird.

Das Urteil muß aber nicht nur gesprochen, sondern auch vollzogen werden. Kein ehrlicher Mann aus dem werktätigen Volke kann mit dem Zentrum etwas gemein haben wollen.

Der Riß im Zentrumsturm ist da, es kracht und knistert im Gemäuer, die Geister der neuen Zeit, die Geister des Klassenkampfes halten ihren Einzug! Wir erblicken in der Tatsache, daß die Arbeiterabgeordneten des Zentrums es nicht mehr wagen durften, die volksverräterische Taktik ihrer Partei mitzumachen, einen Sieg des proletarischen Bewußtseins in den Massen unserer katholischen Klassengenossen.

Mag drum der Bloß der Wahlrechtsfeinde sein schwarzes Werk vollenden, die Wahlrechtsbewegung wird aus seiner Ar- beit nur neue Kraft ziehen. Mit jedem Tage wird es deutlicher, daß die preussischen Regierungs- und Parteiverhältnisse einer großen politischen Krise entgegenstreben.

Literarisches.

Jahresbericht der Gauleitung Regensburg. Die Darstellung des Berichts ist eine recht übersichtliche. Erwähnenswert ist, daß das Tabellenwerk Auskunft gibt über die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, zu den Konsumvereinen, sowie der Zugehörigkeit zu dem Bauhilfs-, Fabrik- und Keramarbeiter- verband. Die Gauleitung hat eine Wanderbibliothek eingerichtet, welche einen guten Zuspruch aufweist. Im 10. Gau ist vor- wiegend die Granitbranche vertreten. Der Stil des Berichts ist für die Kollegen allerdings zu wissenschaftlich.

Die Erdrinde, Einführung in die Geologie von F. Haas. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig. Preis geb. 2.80 Mark. Der Verlag hat mit der Herausgabe dieses Buches einen sehr guten Griff getan. Haas versteht es, die schwierige geologische Materie äußerst populär darzustellen; er verwertet dabei selbst- verständlich die wissenschaftlichen Ergebnisse der neuzeitlichen Forschungen. Ueber den Stand der geologischen Forschung ist der große Teil der Menschheit nicht im geringsten informiert; die alten Lehrbücher erfinden unter der wüßtigen Ausdrucks- weise; die Gelehrten haben eben dieses Thema nur für Gebildete geschrieben. Haas bricht mit dieser Methode, und so wird sein Buch auch eine weitere Verbreitung finden.

Treppen in Stein und Holz, bearbeitet von Direktor Hirsch unter gleichzeitiger Mitwirkung von Direktor Prof. Wientopp. Mit 93 Abbildungen. Leipzig, Verlag von H. A. Ludwig Dege- ner. Gebunden 1.50 Mark. — Dieses sehr nützliche Buch ist eine Fortsetzung zu vier vorhergegangenen Bänden der Bau- verbandslehre, dem es sich aufs beste anschließt. Beide Verfasser sind ja sowohl reich erfahrene Lehrer, als auch in der Praxis erfahrene Architekten, und so ist es kein Wunder, daß ihre gemeinsame mustergültige Arbeit in klarer, knapper Form alles bietet, was heutzutage der Bauunternehmer und der Bauaus- führende auf dem Gebiete wissen sollte. Die zahlreichen aufs sauberste ausgeführten Zeichnungen fördern außerordentlich das Verständnis des Textes. Sie sind in günstiger Größe wieder- gegeben und haben sämtliche Konstruktionszeichnungen auch die Angaben des Maßstabes, was gewiß ein besonderer Vorzug ist. Das Büchlein dürfte sich daher sowohl in den Baugewerks- und Handwerkerkreisen, als wie auch in der Praxis außerordentlich nützlich erweisen. Wir können es als wirklich außergewöhnlich gut empfehlen.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 25. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die v. Jagow und v. Heydenbrand. — Das Problem der Erkenntnis. Von Paul Lafargue. (Schluß.) — Industrie und Sozialismus in Japan. Von S. Katayama (Tokio). — Beurteilung auf unbestimmte Zeit. Von Raymond Shipley (Dalland, Kalifornien). Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Ernst Untermann. — Die Seemannsord- nung. Von Konrad Miß. — Literarische Rundschau: Genossen- schaftsliteratur. Von H. Fleißner. — Notizen: Der Kampf um den Arbeitsnachweis. Von J. Kluge. — Zeitschriftennachweis.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 3.25 Mark pro Quartal zu beziehen.

Schönbein, der dem Präparat später den Namen Schieß- baumwolle gab, hielt dessen Bereitung geheim, und so kam es, daß H. Wötter in Frankfurt a. M. im Jahre 1846 die gleiche Erfindung machte. Beide Forscher vereinigten sich und boten das Verfahren dem Deutschen Bunde zum Erwerb an. Es wurde ihnen eine Nationalbelohnung in Aussicht gestellt, falls die Schießbaumwolle das Schießpulver für den Gebrauch in Feuer- waffen mit Vorteil ersetzen könne.

Inzwischen hatte auch F. J. Otto in Braunschweig die explo- sive Baumwolle hergestellt, und er zuerst brachte das Verfahren an die Öffentlichkeit durch einen im Oktober 1846 in der Augs- burger Allgemeinen Zeitung erschienenen Aufsatz.

Nun wurden zahlreiche Versuche bekannt, nach denen die Baumwolle durch andre ähnliche Stoffe, Flach, Sägespäne u. dgl., der Salpetersäurebehandlung unterworfen wurden; auch das Verfahren selbst wurde abgeändert. Karmarsch und Heeren in Hannover sowie Knop in Leipzig zeigten, daß ein Gemisch von konzentrierter Salpetersäure und konzentrierter Schwefelsäure viel vorteilhafter sei als die erstere Säure allein, indem das bei der Einwirkung von Salpetersäure auf die Baumwolle ent- stehende Wasser von der Schwefelsäure gebunden wird und da- durch nicht die Salpetersäure verdünnen und in ihrer Wirkung schwächen kann. Millon und Gaudin empfahlen, ein frisch berei- tetes Gemisch von Salpeter und Schwefelsäure zu verwenden, wodurch die geforderte Herstellung der Salpetersäure umgangen wird.

Eine folgenreiche Entdeckung wurde im Jahre 1846 durch Sobrero in Turin gemacht, nämlich die des Nitroglyze- rins oder Nitroglycerins, wie der Körper anfänglich genannt wurde. Angeregt durch die Arbeiten Pelouzes über die Ein- wirkung der Salpetersäure auf Zellulose und ähnliche Kohle- hydrate, hatte Sobrero zu dieser Reaktion das Glyzerin benutzt. Es entsteht auch hier kein wirklicher Nitrokörper, sondern ein Salpeterzuretzt des Glyzerins, der aber allgemein als Nitro- glyzerin bezeichnet wird. Der Entdecker erkannte wohl die Be- deutung dieses flüssigen Körpers als Explosivstoff, vermochte aber nicht, seine technische Verwendung in diesem Sinne herbei- zuführen. Zunächst fand das Nitroglycerin eine unbedeutende therapeutische Verwendung, indem es in sehr verdünnter allo-

holischer Lösung als Mittel gegen Kopfschmerzen und Migräne (unter der Bezeichnung Glonoin und Angionerofin) diente. Es gehört auch jetzt noch dem Arzneischatze an.

Erst im Jahre 1853 wurden durch Alfred Nobel die ersten Versuche gemacht, den von ihm Nitroglycerin genannten Körper für Sprengzwecke zu benutzen. Er brachte zunächst die Flüssig- keit durch kleine Pulverladungen zur Explosion. Allein die Handhabung erwies sich als zu gefährlich für die Bergarbeiter. Er empfahl dann, das Nitroglycerin in Methylalkohol zu lösen und diesen kurz vor dem Gebrauch durch Zusatz von Wasser, in dem das Nitroglycerin unlöslich ist, wieder von letzterem zu trennen. Durch dies Verfahren wurde zwar die Empfindlichkeit des Nitroglycerins so herabgesetzt, daß es transportfähig wurde, allein die Trennung von dem Methylalkohol war umständlich, und Gefahren waren doch nicht ausgeschlossen, sei es infolge der leichten Verdunstung des Holzgeistes, sei es aus andern Ursachen.

Nowbray in Massachusetts zeigte, daß das Nitroglycerin in festem Zustande gegen manche äußere Einwirkungen weniger empfindlich ist als in flüssigem, und er verwendete gefrorenes Nitroglycerin zum Transport in Blechgefäßen. Aber auch hier- durch wurden unbeabsichtigte Explosionen bei unvorsichtigem Auftauen nicht vermieden, und gegen Stoß und Schlag ist die Empfindlichkeit immer noch sehr groß.

Nobel hatte inzwischen Versuche angestellt, um das Nitro- glyzerin durch Mischen mit festen Körpern in einen nichtflüssigen, halbfesten Zustand überzuführen. Er fand im Jahre 1866 ein hierzu sehr geeignetes Material in der Infusorienerde oder Kieselgur, die besonders in der Lüneburger Heide in einem mächtigen Lager vorkommt. Damit erhielt er ein sehr plastisches, gegen Stoß fast unempfindliches Produkt, das leicht in Bohr- löcher eingeführt werden kann. Er nannte es Dynamit.

Schießbaumwolle wie Dynamit fanden alsbald eine sehr ausgedehnte Anwendung, besonders im Bergbau, wenn sie auch nicht ganz frei von gewissen Uebelständen waren. Die in be- stimmte Formen gepreßte Schießbaumwolle ließ sich oft nicht glatt in die Bohrlöcher bringen und wirkte oft zu plötzlich und kräftig. Dynamit nimmt bei Zutritt von Wasser dieses auf und läßt Nitroglycerin austreten; bei niedriger Temperatur gefriert es zu einer steinharten Masse, die gegen jede mechanische

Einwirkung von außen (beim Zerkleinern der festen Masse z. B.) äußerst empfindlich ist.

Nobel hatte den glücklichen Gedanken (1878), beide Spreng- stoffe miteinander zu kombinieren. So entstand die Spreng- gelatine, die bald das im Bergbau am meisten verwendete Sprengmittel wurde und auch für Kriegszwecke als Füllmittel für Granaten u. dgl. sich als brauchbar erwies.

Man suchte nun auch nach andern starken Explosivstoffen und Gemischen, deren Eigenschaften sie besonders für Kriegs- zwecke brauchbar machten. Zunächst zogen die wirklichen Nitro- körper, und unter diesen Pikrinsäure, das Trinitrophenol, die Aufmerksamkeit auf sich. Vorlinetto hat im Jahre 1867 ein Ge- misch von Pikrinsäure, Natriumpikrat und Kaliumbichromat als Sprengpulver empfohlen. Kalium- und Ammoniumpicrat wur- den auch in England und Nordamerika zur Füllung von Bomben verwendet. Großes Aufsehen erregte die von Eugen Turpin in Paris (1887) erfundene Verwendung von Pikrinsäure in ge- preßtem und geschmolzenem Zustande, sowie in Verbindung mit Kollobium, zum Füllen von Granaten. Ein solches Produkt ist das in der französischen Armee eingeführte Melinit.

Je genauer man, besonders infolge der Arbeiten Verhelots und seiner Schüler, das Wesen der Explosion kennen lernte, und je bessere Prüfungsmethoden ausgearbeitet wurden, um so mehr wurden die verschiedensten Stoffe in den Bereich der Spreng- technik gezogen.

Auf einen Fortschritt aus neuerer Zeit sei noch kurz hinge- wiesen. Das ist die Einführung des rauchlosen Pulvers. Ein solches Schießpulver, dessen Explosionsprodukte rein gasförmiger Natur sind, ohne feste Bestandteile, also keinen Rauch bilden, wurde zuerst 1886 von Vieille aus in Aethern gelöster Schieß- baumwolle und Pikrinsäure hergestellt. Fast sämtliche Staaten sind seitdem mit großem Eifer bestrbt gewesen, ähnliche rauch- lose oder rauchschwache Pulver in ihren Armeen einzuführen, wobei noch der wichtige Erfolg erzielt wurde, Gewehre von kleinem Kaliber zu benutzen, also den Soldaten mit einer grö- ßeren Anzahl von Patronen als bisher auszurüsten. Jetzt ist in raschem Verlauf das Jahrhundert hindurch gebrauchte Schießpulver fast vollständig durch das rauchlose Pulver er- drängt worden.